



Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 7/2024

Sitzungen vom / Séance du 16.12.2024



VILLE DE
LUXEMBOURG
www.vdl.lu



multiplicity



TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Montag, dem 16. Dezember 2024

IN NICHTÖFFENTLICHER SITZUNG

- | | | |
|------|---|-----|
| I. | Ersetzung von Mitgliedern beratender Kommissionen | 605 |
| II. | Ernennung eines neuen Mitglieds des Verwaltungsrates der Zivilhospize | 605 |
| III. | Personalangelegenheiten der Stiftung Jean-Pierre Pescatore | 605 |
| IV. | Personalangelegenheiten der Stadt Luxemburg | 605 |

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

- | | | |
|-------|--|-----|
| V. | Fragen der Gemeinderäte | 605 |
| | 1) Frage von Rat Weidig über die Feierlichkeiten zum 150-jährigen Bestehen des öffentlichen Transports im Jahr 2025 | 605 |
| | 2) Dringliche Frage von Rätin Miltgen über die Installation „L'homme qui mesure les nuages“ des belgischen Künstlers Jan Fabre | 605 |
| | 3) Dringliche Frage von Rätin Brömmel über einen dauerhaften <i>Nightshelter</i> für Obdachlose | 606 |
| | 4) Frage von Rat Benoy über Mobbing-Prävention bei der Stadt Luxemburg | 607 |
| VI. | Verkehr | 608 |
| VII. | Budget 2025: Antworten des Schöffenrates auf die Interventionen der Gemeinderatsmitglieder | 608 |
| VIII. | Öffentliche Einrichtungen unter der Aufsicht der Stadt Luxemburg | 618 |
| IX. | Konventionen | 620 |
| X. | Anpassungen des Taxenreglements | 622 |
| | 1) Aufnahme eines neuen Kapitels E-3 „Essen auf Rädern“ | 622 |
| | 2) Anpassung von Artikel 4 „Théâtres de la Ville“ des Kapitels B-1 „kulturelle Einrichtungen“ | 623 |
| | 3) Anpassung von Kapitel G-2: Sports pour tous | 623 |
| XI. | Verlängerung und Erhöhung der Energieprämie für das Jahr 2025 – Einführung einer reduzierten Energieprämie für das Jahr 2025 | 623 |
| XII. | Anpassung des abgeänderten kommunalen Reglements vom 10. Februar 2012 über die Einführung einer Solidaritätszulage | 623 |

XIII. Zusätzliche Kapitalzuführung nach Kostenüberschreitungen beim Ausbau des Krematoriums	624
XIV. Ratifizierung der neun Zusatzartikel der europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene	624
XV. Gerichtsangelegenheiten	625
XVI. Schaffung / Streichung von Posten	625

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In nichtöffentlicher Sitzung

I. ERSETZUNG VON MITGLIEDERN BERATENDER KOMMISSIONEN

II. ERNENNUNG EINES NEUEN MITGLIEDS DES VERWALTUNGSRATES DER ZIVILHOSPIZE

III. PERSONALANGELEGENHEITEN DER STIFTUNG JEAN-PIERRE PESCATORE

IV. PERSONALANGELEGENHEITEN DER STADT LUXEMBURG

In öffentlicher Sitzung

V. FRAGEN DER GEMEINDERÄTE

1) Frage von Rat Weidig über die Feierlichkeiten zum 150-jährigen Bestehen des öffentlichen Transports im Jahr 2025

Rat Tom WEIDIG (ADR): Am 28. Juni 1975 wurden in der Stadt Luxemburg 100 Jahre öffentlicher Transport gefeiert, u.a. mit der Ausstellung von Miniatur-Modellen von Bus und Straßenbahn aus dem *Tramsmusée*. Sind im Jahr 2025 ähnliche Feierlichkeiten für das 150-jährige Bestehen des öffentlichen Transports in der Stadt Luxemburg vorgesehen? Wenn ja, welche? Sind im Budget 2025 bereits diesbezügliche Ausgaben vorgesehen?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Am 21. Februar 1875 wurde in Luxemburg-Stadt erstmals eine von Pferden gezogene Straßenbahn eingesetzt. Diese funktionierte bis zum Jahr 1908 auf einer Strecke von drei Kilometern, bevor sie im August 1908 von der elektrischen Straßenbahn abgelöst wurde. Im Jahr 2025 ist es auch 50 Jahre her, dass der neue *Tramsschapp* (Depot der städtischen Busse) in der Rue de Bouillon. Wir werden beide Jahrestage feiern. Ein spezielles Budget ist nicht vorgesehen, doch werden unsere zuständigen Dienststellen (*Service Autobus* und *Service Communication et Relations publiques*) ein ansprechendes Programm auf die Beine stellen. Über die beiden erwähnten Jahrestage hinaus werden wir 2025 auch feiern, dass die Trambahn nun bis zum Flughafen fährt.

Um die Zukunft des *Tramsmusée* muss sich übrigens niemand sorgen. Bekanntlich werden der *Service Autobus* sowie der *Service Véhicules et Maintenance* in den kommenden zehn Jahren umziehen. Zusammen mit der zuständigen beratenden Kommission und dem Gemeinderat werden wir einen geeigneten neuen Standort für das *Tramsmusée* finden.

2) Dringliche Frage von Rätin Miltgen über die Installation „L'homme qui mesure les nuages“ des belgischen Künstlers Jan Fabre

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Da meine Kollegin Maxime Miltgen heute leider nicht anwesend sein kann, werde ich die von ihr eingereichte Frage vorstellen. Im Rahmen der *Art Week 2024* hat die Stadt Luxemburg die Ausstellung der Skulptur „L'homme qui mesure les nuages“ („Der Mann, der die Wolken misst“) des belgischen Künstlers Jan Fabre finanziell unterstützt. Das Werk ist emblematisch in der zeitgenössischen Kunstlandschaft, doch wurde der betreffende Künstler im Jahr 2022 wegen sexueller Belästigung und Verletzung des Schamgefühls zu 18 Monaten Haft mit fünf Jahren Bewährung verurteilt.

Die Ausstellung dieses Kunstwerks ist ein sehr problematisches und schwer verständliches Signal, insbesondere mit Blick auf die *Orange Week* (25. November bis 10. Dezember 2024), in deren Rahmen sich die Stadt Luxemburg aktiv gegen jegliche Form der Gewalt gegen Frauen einsetzt, darunter auch Mobbing und unangebrachtes Verhalten. Ein Werk geht zwar oftmals über seinen Schöpfer hinaus und viele historische Künstler werden trotz ihres problematischen Verhaltens weiterhin gefeiert, da die künstlerische Freiheit ein Grundwert ist. Auch geht es hier nicht darum, die Werke dieses Künstlers für immer zu verbieten, nachdem er seine Strafe verbüßt hat. Es muss aber unterstrichen werden, dass die Stadt Luxemburg durch die Unterstützung der Ausstellung des erwähnten Kunstwerks ein sehr problematisches Signal sendet. Es wäre ein Minimum gewesen, das Werk zu kontextualisieren, um jegliche Glorifizierung des Künstlers zu verhindern und eine öffentliche Debatte über die ethischen Fragen, die sich in dieser Situation stellen, anzuregen.

Bürgermeisterin Lydie Polfer hat bereits gegenüber der Presse erklärt, dass die Stadt Luxemburg nicht über die Verurteilung dieses Künstlers informiert war. Es kann natürlich vorkommen, dass man nicht alles weiß. Bei einem Projekt dieser Größenordnung wäre es aber wichtig, einen Background-Check durchzuführen. Zudem ist es schwer zu verstehen, dass die Verurteilung niemandem aufgefallen ist, da in vielen großen Zeitungen darüber berichtet wurde und ein Mitglied der DP-Fraktion bereits im Jahr 2018 in der Zeitung *Le Quotidien* zu diesem Fall Stellung bezogen hatte.

- Warum hat die Stadt Luxemburg beschlossen, ein Werk von Herrn Fabre trotz seiner Verurteilung zu unterstützen und auszustellen, obwohl diese Entscheidung im Widerspruch zu den erklärten Zielen der *Orange Week* zu stehen scheint?
- Ist die Stadt der Ansicht, dass diese Initiative mit ihrem Engagement gegen Gewalt gegen Frauen vereinbar ist?
- Welche Maßnahmen gedenkt die Stadt zu ergreifen, um das Werk in einen Kontext zu stellen und eine Glorifizierung des Künstlers zu vermeiden?
- Beabsichtigt die Stadt, ihre Entscheidung zu revidieren? Wenn ja, welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die Öffentlichkeit darüber zu informieren?
- Warum wurde ein ausländischer Künstler für diesen Anlass ausgewählt, obwohl Luxemburg über viele talentierte lokale Künstler verfügt, die diese Plattform und die finanzielle Unterstützung verdienen?
- Wie gedenkt die Stadt, solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich habe zu diesem Vorfall Stellung bezogen, sobald ich davon Kenntnis erhielt – und das war nach der *Art Week*. Es ist erstaunlich, dass bei der großen Pressekonferenz über die *Art Week* einen Monat davor niemand auf diesen Vorfall hingewiesen hat.

Die Stadt Luxemburg unterstützt die *Art Week*, seit diese besteht, d.h. seit 2015. Von 2015 bis 2019 wurde die Veranstaltung in den Victor-Hugo-Hallen abgehalten. Während der Pandemie im Jahr 2020 fand sie ausschließlich virtuell statt. Seit 2021 findet sie im Zelt auf dem Glacis statt. Damals wurde vom Organisator vorgeschlagen, Skulpturen im öffentlichen Raum, verteilt über das Stadtgebiet, aufzustellen. Ausgewählt werden diese Skulpturen nicht von der Stadt Luxemburg, denn die Stadt ist weder der Kurator der Ausstellung, noch Mitglied im *Comité de sélection*. Letztgenanntes Gremium setzt sich zusammen aus Vertretern internationaler Gallerien, die auf der *Art Week* ausstellen. Sinn der *Art Week* ist bekanntlich, internationalen Gallerien die Möglichkeit zu bieten, in Luxemburg Kunst auszustellen. Seit 2021 unterstützt die Stadt Luxemburg die *Art Week* mit einem finanziellen Zuschuss, der unverändert geblieben ist. Es handelt sich also um eine allgemeine Unterstützung der *Art Week*, und nicht um die Unterstützung eines spezifischen Künstlers. Die Stadt Luxemburg ist nicht beteiligt an der Festlegung der Künstler, deren Werke ausgestellt werden. In diesem Jahr hat das *Comité de sélection* einen Schritt weiter gemacht und auch in einer Reihe von Geschäften Kunstwerke ausgestellt.

Wie gesagt war mir der besagte Sachverhalt unbekannt. Hätte ich davon Kenntnis gehabt, hätte die Stadt darauf hingewiesen, dass wir natürlich gegen jegliche Gewalt gegen Frauen sind. Ich möchte daran erinnern, dass wir vor einer Woche den Anne-Beffort-Preis an zwei Vereinigungen überreicht haben, die sich gegen Gewalt gegen Frauen einsetzen. Andere Städte wie London oder Mailand stellen weiterhin Werke von Jan Fabre aus. Darum geht es aber nicht. Hätten wir von der Verurteilung gewusst, hätten wir reagiert. In der darauffolgenden Woche sollte das Kunstwerk entfernt werden, was dann auch montags geschah.

Über das künstlerische Werk und das menschliche Benehmen ließe sich diskutieren. Was kann getan werden, um solche Vorfälle zu verhindern? Sollen keine Filme von Polanski, mit Depardieu oder anderen Regisseuren bzw. Schauspielern mehr gezeigt werden? Soll jeder Theaterschauspieler vor dem Auftritt einen Auszug aus dem Strafregister vorlegen? Sagen muss man aber auch, dass die Skulptur zu den Schönsten und Interessantesten gehörte, die während der *Art Week* ausgestellt waren. Der Name der Skulptur, „L'homme qui mesure les nuages“, sagt alles aus darüber, was der Mensch meint, tun zu können, dass er die Unendlichkeit messen könnte. Das Werk stammt übrigens von 2019, also von vor der Verurteilung. Das Thema ist schwierig und umso sensibler, als die *Art Week* unmittelbar von der *Orange Week* gefolgt wurde. Wir werden aus diesem Vorfall die nötigen Lehren ziehen.

3) Dringliche Frage von Rätin Brömmel über einen dauerhaften *Nightshelter* für Obdachlose

Rätin Christa BRÖMMEL (déi Gréng): Die Vereinigung *Inter-Actions*, die Konventionen mit der Stadt Luxemburg abgeschlossen hat, ist auf der Suche nach einer dauerhaften Struktur, in der sowohl ein *Nightshelter* als auch die Büros des *Service Premier appel* eingerichtet werden können. Einer RTL-Reportage zufolge ist die Suche nach einem geeigneten Standort auf dem Gebiet der Hauptstadt bislang stets gescheitert, dies entweder am Widerstand der Anrainer oder an den Bestimmungen des Flächennutzungsplans (PAG).

- Welche Anstrengungen hat die Stadt unternommen, um Räumlichkeiten für einen ständigen *Nightshelter* zu finden?

- Welche Standorte wurden in Betracht gezogen und warum ist es dem Schöffenrat nicht gelungen, die Nachbarn zu überzeugen?
- Ist der Schöffenrat gewillt, der Vereinigung *Inter-Actions* dauerhafte Räumlichkeiten auf dem Stadtgebiet anzubieten, um dort einen *Nightshelter* einzurichten? Wenn nein, mit welcher Begründung?

Schöffin Corinne CAHEN: Dieses Thema beschäftigt uns sehr. Auch wenn die Frage der Zuständigkeit zweitrangig sein sollte, wenn es um Menschen geht, ist es doch eine Tatsache, dass es sich beim *Premier appel* um eine Dienstleistung des Familienministeriums und nicht der Stadt Luxemburg handelt. Da ich zehn Jahre lang Familienministerin war, kenne ich mich in diesem Bereich aber gut aus. Es ist in der Tat so, dass der *Premier appel* seine derzeitigen Räumlichkeiten an der Route de Thionville verlassen muss. Es war zwar ein anderer Standort gefunden worden, doch das hatte letztendlich nicht geklappt. Es war keine Machbarkeitsstudie durchgeführt worden und es stellte sich heraus, dass die bestehende Reglementierung die Ansiedlung des *Premier appel* am besagten Standort nicht erlaubte. Es wurde daraufhin sofort mit der *Direction de l'Architecte* der Stadt Luxemburg untersucht, ob die Stadt über ein geeignetes Gebäude verfügt, das sich für diesen Zweck eignen würde. Das war nicht der Fall.

Um gleich auf die letzte Frage zu antworten: Wir helfen, wo wir nur können. Es ist extrem wichtig, dass der *Premier appel* einen neuen Standort bekommt. Dabei ist anzumerken, dass die Räumlichkeiten des *Premier appel* nicht nur als Büros der *Streetworker* genutzt werden, sondern dass sich darin auch ein paar Betten befinden für obdachlose Personen, die an einem gegebenen Tag keinen Platz in einem *Nightshelter* finden. Im Foyer Ulysse wurden übrigens immer zwei Betten für solche Notfälle freigehalten. Im Winter ist der Bedarf an Betten dank der *Wanteraktioun* des Familienministeriums weniger akut.

Wir arbeiten eng mit *Inter-Actions* und mit dem Familienministerium zusammen. Unsere Suche nach einem geeigneten neuen Standort ist aber bislang erfolglos geblieben. Wenn jemand einen geeigneten Standort vorschlagen kann, werde ich diesen Vorschlag gerne an das Familienministerium und an *Inter-Actions* weiterleiten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Struktur im Lastwagen hinter der Hollericher Kirche ebenfalls vom Familienministerium finanziert wird. Die Stadt Luxemburg hat lediglich die Genehmigung erteilt, dass der Lastwagen dort stehen darf. Es handelt sich dabei ebenfalls um einen *Nightshelter*, der Personen vorbehalten ist, die von *Streetworkern* dorthin gebracht werden. Es gibt weitere *Nightshelter* auf dem Gebiet der Hauptstadt. Eine neue Struktur dieser Art wird im nördlichen Bereich des Stadtgebiets eröffnet. Es gibt auch einen *Nightshelter* neben dem Bistrot Courage. Ich hoffe, dass das Foyer Ulysse bald wiedereröffnet werden kann, und dass auch dort weitere Betten kurzfristig für Notfälle bereitgestellt werden können.

Es passiert also Vieles, doch die Suche nach einem geeigneten Standort für den *Premier appel* muss noch fortgesetzt werden.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi Gréng): In der erwähnten Reportage war die Rede von mehreren möglichen Standorten, wo die Anwohner die Ansiedlung des *Premier appel* als problematisch angesehen hätten. War die Stadt Luxemburg nicht involviert, z.B. um im Sinne eines Mediationsversuchs?

Schöffin Corinne CAHEN: Nein, die Stadt war nicht involviert. Ich habe auch erfahren, dass dieses Vorhaben auf dem zurückbehaltenen Standort in Hollerich nicht umgesetzt werden könnte.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass in einem anderen Fall die Suche nach einem geeigneten Standort für eine Struktur am Widerstand einer Eigentümergemeinschaft gescheitert ist.

Schöffin Corinne CAHEN: Ich möchte ganz allgemein betonen, dass die Nachbarn einer von Inter-Actions betriebenen Struktur keinerlei Unannehmlichkeiten zu befürchten haben. Inter-Actions leitet seine Strukturen sehr professionell und es gibt keine Beschwerden.

4) Frage von Rat Benoy über Mobbing-Prävention bei der Stadt Luxemburg

Rat François BENOY (déi Gréng): Nach Angaben der Arbeitnehmerkammer sind 18 Prozent der Staatsbediensteten im öffentlichen Sektor bereits Opfer von Mobbing am Arbeitsplatz geworden. Auf kommunaler Ebene sorgen die Mobbingvorwürfe von Angestellten der Gemeinde Contern derzeit für Diskussionen. Die Reaktion des Innenministers, der eine externe Mediation gefordert hat, verdeutlicht den Mangel an geeigneten Instrumenten für den kommunalen Sektor.

Es sei daran erinnert, dass die unabhängige Sonderkommission für Fälle von Mobbing im öffentlichen Dienst nicht mehr aktiv ist, seit sie 2014 als verfassungswidrig eingestuft wurde, da sie für Gemeindeangestellte nicht zugänglich war. In der Stadt Luxemburg wurde Anfang 2024 mit der Personaldelegation eine neue Vereinbarung über die Prävention und den Umgang mit sexueller Belästigung und Mobbing unterzeichnet.

- Wie viele Fälle von Mobbing innerhalb des Personals der Stadt Luxemburg wurden in den vergangenen Jahren gemeldet? Was waren die Folgemaßnahmen? Wie hoch schätzt der Schöffenrat die Gesamtzahl der gemeldeten bzw. nicht gemeldeten Fälle von Mobbing?
- Wie wird das Bewusstsein innerhalb des Personals geschärft? Wie wird sichergestellt, dass das gesamte Personal die notwendigen Informationen erhält? Wie ist das Verfahren, wenn ein Fall von Belästigung festgestellt wird? Plant der Schöffenrat, mehr gegen Belästigung zu tun?
- Die Anti-Mobbing-Kampagne und die Betreuung der Opfer wird unter der Leitung der Personalabteilung organisiert. Ist der Schöffenrat der Meinung, dass diese Abteilung eine professionelle und unabhängige Mediation gewährleisten kann? Fördert dies die Meldung von Missständen oder nicht?
- Setzen sich die Mitglieder des Schöffenrates als Abgeordnete bzw. Delegierte im Syvicol dafür ein, dass die betreffenden Gesetzestexte abgeändert werden, um die Verfassungswidrigkeit zu beseitigen und die unabhängige Sonderkommission für Mobbing-Fälle als wirklich unabhängige Instanz wieder einzusetzen?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Seit 2010 besteht bei der Stadt Luxemburg ein „*Accord concernant la prévention et la prise en charge du harcèlement sexuel et moral*“. Dieses Abkommen wurde vom Schöffenrat mit allen Gewerkschaften, die in unserer Personaldelegation vertreten sind, unterzeichnet. Es wurde in der Tat am 4. März 2024 erneuert und präzisiert, dies infolge einer Bewertung der Praxis in den zehn vergangenen Jahren durch die *Chargée de mission support psychologique* und die *Chargée à l'égalité des chances*.

Im Rahmen des erwähnten Abkommens wurde eine *Commission harcèlement* unter dem Vorsitz einer Juristin der Stadt Luxemburg geschaffen. Diese Kommission wird mit den Beschwerden befasst; sie analysiert sie, führt Gespräche mit

den Betroffenen und schlägt Lösungen vor. Sie erstellt auch einen Jahresbericht für den Schöffenrat.

Die möglichen Maßnahmen reichen von einer Beratung (8 Fälle im Jahr 2024, 3 Fälle im Jahr 2023, 9 im Jahr 2022, 4 im Jahr 2021 und 3 im Jahr 2020) über Mediation (4 Fälle im Jahr 2024, 3 Fälle im Jahr 2023, 3 im Jahr 2022, 3 im Jahr 2021 und 6 im Jahr 2020) und die Intervention der betreffenden Dienststelle oder der Personalabteilung (7 Fälle im Jahr 2024, 0 Fälle im Jahr 2023, 8 im Jahr 2022, 0 im Jahr 2021 und ein Fall im Jahr 2020) bis hin zur Befassung der *Commission harcèlement* (1 Fall im Jahr 2024, 0 Fälle im Jahr 2023, zwei Fälle im Jahr 2022, ein Fall im Jahr 2021 und 0 im Jahr 2020). Eine Intervention der betreffenden Dienststelle kann z.B. bedeuten, dass ein Mitarbeiter in eine andere Dienststelle versetzt wird.

Die Sensibilisierung erfolgt insbesondere über Intranet und Faltblätter. In einem solchen Faltblatt wird z.B. folgende Situation beschrieben: „Komm, ich mache dir eine Massage. Das gefällt dir bestimmt! – *Sprichst Du mit deinem Freund oder mit deinem Mitarbeiter?*“. Oder folgende Situationen: „Er hat ihm/ihr wieder Werbung für Unterwäsche geschickt. – *Wer, sein Partner oder sein Arbeitskollege?*“ sowie „Er legt immer seine Hand auf meine. – *Wer, dein Sohn oder dein Chef?*“. Darüber hinaus werden Fortbildungskurse und Konferenzen angeboten.

Die Mitarbeiter müssen sich vertrauensvoll an eine Stelle wenden können. Was die Unabhängigkeit dieser Stelle betrifft, verhält es sich so, dass die Betreuung der Mobbingopfer und die Mediation von der *Chargée de mission support psychologique* übernommen wird. Diese untersteht direkt dem Schöffenrat und gehört also nicht der *Direction Ressources humaines* an. Falls ein Mobbingopfer dennoch der Ansicht ist, dass die *Chargée de mission support psychologique* nicht unabhängig genug ist, kann eine externe Mediation im *Centre de médiation* organisiert werden.

Ob auf Parlamentsebene eine Abänderung der Gesetzestexte erforderlich ist, wäre zu analysieren. Ich gehöre persönlich nicht der dafür zuständigen parlamentarischen Kommission an. Das Thema liegt uns jedenfalls sehr am Herzen. Die *Chargée de mission support psychologique* hat viel Arbeit: Sie hatte im vergangenen Jahr 131 Interventionen (79 bei Männern und 52 bei Frauen), wobei es allerdings in den meisten Fällen nicht um Mobbing ging, sondern z.B. um Unfälle, Stress, Abhängigkeiten sowie Konflikte mit Kollegen oder einem Chef.

Wir sind also gut aufgestellt und stehen allen Mitarbeitern zur Verfügung, um ihnen bei Bedarf zu helfen. Wir werden unsere Bemühungen in diesem Bereich fortsetzen.

Rat François BENOY (déi Gréng): Vielen Dank für diese Informationen. Ich begrüße, dass diese Instrumente geschaffen wurden, und dass die Stadt ihre Bemühungen fortzusetzen gedenkt. Ich möchte darauf hinweisen, dass viele Informationen nicht im Internet zu finden sind. Vielleicht verfügen die Mitarbeiter der Stadt ja über weitere Informationsquellen (z.B. das Intranet), doch zumindest für Außenstehende ist über die *Chargée de mission support psychologique*

und Mobbing kaum etwas im Internet zu finden. Man wird auf das von Bürgermeisterin Lydie Polfer angesprochene Faltblatt verwiesen, das sich aber vor allem mit sexueller Belästigung und weniger mit Mobbing im Allgemeinen befasst. Man sollte auch im Internet mehr Informationen darüber liefern.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Jedem neuen Mitarbeiter der Stadt Luxemburg wird das erwähnte Faltblatt ausgehändigt. Auf der Rückseite des Faltblatts sowie im Intranet finden die Mitarbeiter die Kontaktdaten der Personen bzw. Stellen, denen sie sich anvertrauen können.

VI. VERKEHR

Rat Nicolas BACK (déi gréng): Vergangene Woche haben sich zwei schwere Unfälle ereignet, in die Fußgänger verwickelt waren: Auf Findel ist ein Fußgänger ums Leben gekommen und in Rollingergrund sind eine Mutter und ihr Kind beim Überqueren eines Fußgängerstreifens angefahren worden. Wäre es möglich, weitere Informationen zum Unfallhergang zu erhalten? Waren die kommunalen Dienststellen vor Ort? Sind Maßnahmen vorgesehen, um die Sicherheit der Fußgänger an den Unfallorten zu verbessern?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Bezüglich des tragischen Unfalls in Findel verfüge ich nicht über Einzelheiten. In Rollingergrund bog ein Autofahrer nach rechts in Richtung Limpertsberg ab, als eine Mutter mit ihrem Kind an einer Ampel den Fußgängerstreifen überquerte. Meinen Informationen zufolge ist der Autofahrer dem Kind über den Fuß gefahren und es ist nicht klar, ob der Autofahrer dies gemerkt hat oder nicht. Die Polizei hat einen Zeugenaufruf gestartet. Die Ampelschaltung hat funktioniert. Der genaue Unfallhergang ist noch nicht geklärt. Unsere Dienststellen werden vor Ort prüfen, was gegebenenfalls verbessert werden kann.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Es sei darauf hingewiesen, dass die Stadt Luxemburg seitens der Polizei bisher nicht informiert wurde, wann und wo sich Unfälle auf dem Gebiet der Hauptstadt ereignet haben. Die Stadt Luxemburg ist dahingehend bei der Regierung interveniert, dass sie im Rahmen des Einsatzes der lokalen Polizei umgehend und präzise informiert wird, wenn sich auf ihrem Territorium ein Unfall ereignet, damit unsere Dienststellen sich vor Ort begeben und prüfen können, ob beispielsweise eine Ampelanlage defekt war, die öffentliche Beleuchtung unzureichend ist oder aber, ob – wie es leider oft der Fall ist – Autofahrer nicht vorsichtig genug unterwegs waren. Auf dem Fußgängerstreifen hat der Fußgänger Vorrang vor allen anderen Verkehrsteilnehmern und ist juristisch im Recht, doch bei einem Unfall mit einem Fahrzeug zieht der Fußgänger leider den Kürzeren. Laut Polizei gab es vergangenes Jahr auf dem Gebiet der Hauptstadt 33 Unfälle, in die Fußgänger verwickelt waren. In Zukunft werden wir auch erfahren, wo genau sich die Unfälle ereignet haben.

Rat François BENOY (déi gréng): Wäre es möglich, dass auch der Gemeinderat die von der Polizei an die Stadt weitergeleiteten Informationen erhält?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: In einem ersten Schritt wird die Stadt prüfen, inwieweit sie aus den von der Polizei übermittelten Informationen Schlussfolgerungen ziehen kann. Auf jeden Fall wäre es nützlich gewesen, wenn uns diese Informationen schon früher zugestellt worden wären.

Rat Claude RADOUX (DP): Ich habe den Eindruck, dass in der Rue de Trèves – sei es auf dem Streckenabschnitt auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg oder auf dem Streckenabschnitt auf dem Gebiet der Gemeinde Sandweiler – nicht überall Bürgersteige vorhanden sind.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der Standort Findel, an dem sich der Unfall ereignet hat, liegt nicht auf dem Territorium der Stadt Luxemburg.

Rat Claude RADOUX (DP): Es wäre gut, wenn auf dem Abschnitt, der sich auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg befindet, sowie auf den anderen Hauptverkehrsstraßen, die aus der Stadt hinausführen, Bürgersteige vorhanden wären.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Meines Wissens sind auf dem Abschnitt der Rue de Trèves, der sich auf dem Gebiet

der Stadt Luxemburg befindet (bis zum Wasserturm), Bürgersteige vorhanden.

Rat Claude RADOUX (DP): Mir scheint, dass auf dem Abschnitt zwischen der Autobahn und dem Flughafen kein Bürgersteig vorhanden ist. Dort überqueren regelmäßig Fußgänger die Straße. Auch auf dem Abschnitt zwischen dem Flughafen und dem Hotel Ibis gibt es keinen Bürgersteig.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir werden prüfen, auf welchen Abschnitten auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg und auf dem Gebiet der Gemeinde Sandweiler ein Bürgersteig vorhanden ist.

Verschiedene temporäre Reglements und definitive Änderungen an der Verkehrsordnung der Stadt Luxemburg werden einstimmig gutgeheißen.

VII. BUDGET 2025: ANTWORTEN DES SCHÖFFENRATES AUF DIE INTERVENTIONEN DER GEMEINDERATSMITGLIEDER

Schöffe Laurent MOSAR: Vorab möchte ich mich für die vielen interessanten Beiträge zum Budget 2025 und für die eingebrachten Vorschläge bedanken. Es gab auch Kritik. Die Interventionen der Vertreter der Majorität waren hervorragend, was ich von den Interventionen auf Seiten der Opposition leider nicht behaupten kann. Meine Erwartungen an die Opposition sind ohnehin nie sehr hoch, und auch dieses Jahr wurde ich in diesem Punkt nicht enttäuscht. Dennoch bleibe ich optimistisch und hoffe immer noch, dass auch von Oppositionsseite interessante Vorschläge kommen, vor allem alternative Lösungsvorschläge in Bezug auf wichtige Bereiche, wie z.B. das Wohnen.

Ich möchte die Beiträge von zwei Rednern hervorheben. Dank der hervorragenden Intervention von Kollege Claude Radoux wird meine Rede um die Hälfte gekürzt, denn er hat vieles bereits vorgebracht, das ich demnach nicht mehr zu wiederholen brauche. Ausnahmsweise möchte ich auch die Intervention von Rat Wagner hervorheben, denn er scheint der Einzige gewesen zu sein, der die Anspielung von Budgetberichterstatlerin Emilie Costantini auf Bernard Stiegler verstanden hat. Ein Zitat von Bernard Stiegler hätte man wohl kaum in einem von einer CSV-Rätin verfassten Budgetbericht erwartet.

Die Hauptrede aus den Reihen der Opposition ist die von Rat Benoy. Bei seiner Rede drängt sich der Vergleich mit einer Schallplatte auf, die alle Jahre wieder abgespielt wird – so, wie man nicht auf einen Weihnachtsmarkt gehen kann, ohne dort zumindest einmal das Lied *Last Christmas* zu hören. So tauchen Radwege und Mietwohnungen jedes Jahr in der Budgetrede von Rat Benoy auf. Auf verschiedene seiner Aussagen möchte ich jedoch eingehen.

In Bezug auf den Wohnungsbaupakt 2.0 kann ich Rat Benoy beruhigen. Bei den sogenannten Quota-Wohnungen und auch bei anderen Wohnungen, die wir erwerben und bauen wollen, beabsichtigt die Stadt Luxemburg, in den Genuss der diesbezüglichen Subventionen zu kommen. Allerdings ist der Wohnungsbaupakt 2.0 alles andere als nutzerfreundlich. Von einer administrativen Vereinfachung kann dabei nicht die Rede sein. Zum einen ist er schwer verständlich, zum anderen ist es für unsere Dienststellen schwierig herauszufinden, welche Formulare ausgefüllt werden müssen. Eine Reihe von Punkten sind nicht klar. Wir hoffen, dass es nun mit der DP-CSV-Regierung zu den nötigen Erläuterungen und Vereinfachungen kommen wird.

Es hat mich gefreut festzustellen, dass sich Rat Benoy nun als großer Fan der lokalen Polizei entpuppt. Wie auch andere Redner hat er den Einsatz der lokalen Polizei auf dem Gebiet der Hauptstadt begrüßt. Es sei daran erinnert, dass das Pilotprojekt der lokalen Polizei im Schöffenrat geboren wurde. Bei den Kommunalwahlen war die Idee sowohl im Wahlprogramm der DP als auch der CSV eingeschrieben. Von Seiten der anderen Parteien waren damals praktisch nur kritische Stimmen zu hören. Ich erinnere mich an Rundtischgespräche, wo nur gegen ein solches Vorhaben gewettert wurde, dies auch aus den Reihen der Sozialisten. Der LSAP-Bürgermeister der Gemeinde Differdingen kann es nun aber kaum erwarten, dass die lokale Polizei in seiner Gemeinde zum Einsatz kommt. Es freut mich, dass eine Idee, mit der sich manche am Anfang schwergetan haben, nun quasi einstimmig befürwortet wird.

Meine Erwartungen an Rat Boisante waren groß, hatte er doch angekündigt, er werde dem Schöffenrat erklären, wie wir in Zukunft viel billiger bauen können. Wenn ich ehrlich bin, weiß ich jedoch nicht so recht, was er uns sagen wollte. Seine Aussage, dass er die Arbeit der Dienststelle des Architekten zu schätzen weiß, hat mich sehr gefreut. Ich sehe nicht, was man unseren Dienststellen oder dem Schöffenrat bezüglich der berichtigten Kostenvoranschläge vorwerfen könnte. Es kann zu unerwarteten Kostensteigerungen kommen, und auch guten Studienbüros können Fehler unterlaufen. Die Dienststelle des Architekten wird personell aufgestockt. Es ist jedoch schwer, Leute zu finden, da Personen mit den benötigten Qualifikationen derzeit stark gesucht werden.

Ich möchte an eine Aussage von Rat Radoux zum Thema Wohnen anknüpfen, die ich zu 100 Prozent teile. Bei verschiedenen Rednern hatte man den Eindruck, dass die ideale Situation darin bestehen würde, möglichst schnell möglichst viele Menschen in Sozialwohnungen unterzubringen. In erster Linie stelle ich fest, dass die allermeisten Leute, die in die Stadt Luxemburg ziehen wollen, nach wie vor auf dem privaten Wohnungsmarkt eine Wohnung zur Miete oder zum Erwerb finden. Auch dies muss eine Priorität der politischen Majorität und des Schöffenrates sein. Parallel dazu muss man dahingehend aktiv werden, jenen Menschen, denen die Bank z.B. keinen Kredit für den Erwerb einer Wohnung gewährt, einen einfacheren Zugang zum Besitz zu ermöglichen. Darüber hinaus muss auch dahingehend gehandelt werden, dass für Menschen, die weder der einen noch der anderen Situation zugeordnet werden können, genügend Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. Rätin Miltgen hat Äpfel mit Birnen verglichen. Rat Radoux hat erklärt, warum der Vergleich mit der Stadt Wien nicht stichhaltig ist. Die Stadt Wien zählt mehr als 2 Millionen Einwohner, die Stadt Luxemburg rund 140.000. Es gibt einen guten Grund, warum die Stadt Wien über viele Sozialwohnungen verfügt. Rat Wagner hat zurecht unterstrichen, dass in puncto Sozialwohnungen keine Gemeinde gut aufgestellt ist, wobei die Stadt Luxemburg mit ihren bald 1.000 Sozialwohnungen nicht schlecht positioniert ist. Da die Aussagen der Opposition mich interpelliert haben, habe ich recherchiert, wie es in einer Gemeinde, die seit langen Jahren von einem LSAP-Bürgermeister geleitet wird, um die Anzahl an gemeindeeigenen Sozialwohnungen steht. Das Ergebnis: Die Stadt Düdelingen, die derzeit 22.000 Einwohner zählt, besitzt nur 23 Sozialwohnungen. Der Grund dafür, warum wir in Luxemburg nicht so viele Sozialwohnungen haben, liegt ganz klar darin, dass Luxemburg lange Jahre eine andere Politik verfolgt hat. Im Vordergrund stand der Wille, die Bürger in den Besitz einer Wohnung zu bringen – unabhängig davon, wer in der Regierung saß. Dies hat dazu geführt, dass der Anteil der Einwohner, die in Luxemburg-Land eine Wohnung besitzen, bei 72 Prozent liegt. Eine ähnliche Situation findet sich in keinem anderen europäischen Land oder gar weltweit. Ich werde demnach weder der Gemeinde Differdingen noch der Gemeinde Düdelingen vorwerfen, dass sie nicht mehr Sozialwohnungen in ihrem Besitz hat. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung der Stadt Luxemburg in relativ kurzer Zeit

von 80.000 auf 140.000 Einwohner gestiegen ist. Die vom amtierenden Schöffenrat verfolgte Politik erachte ich als die richtige.

Die Kritik von Rat Wagner, durch den Aufkauf von VEFA-Projekten würde die Stadt Luxemburg zum Vorteil der Promotoren handeln, muss ich entschieden zurückweisen. Über die von der Stadt Luxemburg festgelegten, reduzierten Preise für den Ankauf von Grundstücken und Bauwerken sind die Promotoren nicht wirklich erfreut. Mit dem Erwerb von VEFA-Projekten unterstützen wir vor allem den Bausektor, die zahlreichen Klein- und Mittelbetriebe, die bei einem Rückgang der Bautätigkeit Gefahr laufen, Konkurs anmelden zu müssen. Es geht um Hunderte, wenn nicht sogar um Tausende Arbeitsplätze.

Rat Weidig fordert die Durchführung einer Gegenexpertise. Ich kann diese Forderung nicht nachvollziehen, ist es doch die Stadt Luxemburg, welche die Preise für den Erwerb der VEFA-Projekte festlegt, und wir legen auch die zu erfüllenden Bedingungen fest. Ich nutze die Gelegenheit, um unserem *Service Biens* ein großes Lob auszusprechen – eine Dienststelle, die sogar von vielen Privatpersonen kontaktiert wird, um Informationen über die Marktpreise auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg zu erhalten.

Mir scheint, Rat Weidig lebt manchmal auf einem anderen Planeten. Er fordert die Offenlegung der Vermögenslage der Stadt bezüglich ihrer gesamten Immobilien. Die Stadt Luxemburg ist transparent in Bezug auf ihre Immobilien, auf ihre Besitztümer. Mir scheint, dass Rat Weidig die Stadt Luxemburg mit einer Immobilienfirma verwechselt. Die Stadt Luxemburg besitzt Schulgebäude, Sportinfrastrukturen, Straßen, Parkanlagen, Spielplätze, usw. Würden wir hingehen und der Forderung von Rat Weidig Rechnung tragen, müssten wir all die genannten Infrastrukturen bewerten. Es handelt sich hier jedoch um „biens non fongibles“: es käme nie in Frage, dass die Stadt diese veräußern würde. Ich kann demnach beim besten Willen nicht nachvollziehen, was denn nun eigentlich die Forderung von Rat Weidig ist.

Rat Weidig kritisiert, dass die Stadt Luxemburg ein Defizit schreibe. Die Konten 2022 und 2023 haben wir mit einem kleinen Bonus abgeschlossen, und ich bin relativ optimistisch, dass uns das auch für die Konten 2024 gelingen wird.

Rat Wagner hat angedeutet, dass der Verteilungsschlüssel der Gewerbesteuer zum Vorteil der Stadt Luxemburg ausfalle und andere Gemeinden benachteiligt würden. Im Jahr 2023 wurden 768 Millionen Euro Gewerbesteuer auf dem Gebiet der Hauptstadt eingenommen. Davon werden 89 Millionen Euro an die Stadt ausbezahlt. Sollte Rat Wagner darin eine vorteilhafte Verteilung für die Stadt Luxemburg sehen, so können wir diese Meinung nicht teilen.

Rat Wagner hat sich für ein anderes Modell, nämlich für die Schaffung einer großen staatlichen Baufirma ausgesprochen. Staatliche Baufirmen gab es in der DDR. Eine noch in Berlin bestehende staatliche Baufirma wurde aufgrund katastrophaler Ergebnisse privatisiert. Ähnliche Strukturen finden sich noch in Südamerika. Wir werden bei unserem Modell bleiben, da wir der Meinung sind, dass es nach wie vor effizient ist.

Als Finanzschöffe der Stadt Luxemburg kann ich erneut nur unterstreichen, dass es sich beim Budget 2025 um einen hervorragenden Jahrgang handelt. Ich danke allen Rednerinnen und Rednern für ihre Intervention, auch denen, die sich kritischer zum Budget geäußert haben. Ich freue mich auf eine große Unterstützung beim Votum.

Schöffe Paul GALLES: Vorab geht mein Dank an alle Rednerinnen und Redner, die Fragen zu den Bereichen Kinder und

Jugend gestellt haben. Mein Dank geht auch an Rätin Costantini für ihren hervorragenden Budgetbericht.

Die Erstellung eines Budgets bietet immer auch die Gelegenheit, darüber nachzudenken, was eine Gemeinde einerseits tun muss und welche politischen Akzente sie darüber hinaus setzen kann. Das Budget spiegelt demnach auch die Prioritäten wider, welche die Stadtverantwortlichen sich geben wollen. Im Rahmen der Diskussion zur Schulorganisation hatte ich bereits Gelegenheit, die Prioritäten für die Bereiche Schule und Kindheit zu erläutern.

Im Bereich Kindheit stehen derzeit drei große Themen im Vordergrund: Erstens der Bau unserer neuen Bildungshäuser, zweitens der Wille, ein System zu entwickeln, das auf der Fragestellung gründet, wie wir die Kinder mehr am städtischen Leben teilnehmen lassen können, wie sie ihre Stadt besser kennenlernen und ihre Meinung besser äußern können, und drittens die Frage, wie die Hauptstadt kindgerechter werden kann.

Rat Biver hat sich nach dem Paradigmenwechsel bei den Bildungshäusern erkundigt, sprich, die Gebäude auf eine neue Art und Weise zu planen und zu bauen. Ein solcher Paradigmenwechsel findet in der Tat in unserem Denken statt, aber auch landesweit. Es wird verstärkt versucht, Bildungshäuser zu bauen, die sowohl den Bereich Schule als auch den Bereich Schulfoyer beinhalten, wo Synergien geschaffen werden und man versucht, Räumlichkeiten gemeinsam zu nutzen. Daran arbeiten wir, und dies auf vielen Ebenen. Es haben Unterredungen mit dem Ministerium stattgefunden, um darüber zu diskutieren, wie die Gesetzestexte angepasst werden müssen. Wir haben Gespräche mit der Regionaldirektion und mit unseren Architekten geführt, die sich ein Programm gegeben haben, um in diese Richtung planen zu können. Es haben Ortsbegehungen in Bildungshäusern in Bettemburg, Düdelingen, Esch/Alzette und Harlingen stattgefunden. Beim Bau von neuen Bildungshäusern werden wir in diese Richtung gehen. In diesem Zusammenhang stellt sich unweigerlich auch die programmatische Frage, ob auch Kinderkrippen in die Planung eingebaut werden sollen. Zu diesem Thema habe ich momentan keine „strong feelings“. Fragen wie die, ob es pädagogisch betrachtet interessant wäre, die Kleinkinder tagsüber während vieler Jahre am gleichen Campus zu lassen oder ob es besser wäre, wenn sie eine zeitlang hier und eine zeitlang dort wären, gilt es noch zu diskutieren.

Das Bildungshaus stellt auch dahingehend ein Paradigmenwechsel dar, als sich hier neue Möglichkeiten auftun, um damit verbundene Dienstleistungen anzugliedern: Elternarbeit, Stadtteilarbeit, ein zentraler Begegnungsort, usw. Im Rahmen unserer *Apéri'Tours* konnten wir feststellen, dass viele Bürger sich einen Ort wünschen, an dem sie sich treffen können, wo man Aktivitäten im Interesse des Stadtteillebens entwickeln kann. In den von den Vereinigungen *Caritas Jeunes et Familles*, *Inter-Actions* oder *ASTI* im Auftrag der Stadt Luxemburg betriebenen Strukturen gehen die genannten Partner bereits in diese Richtung.

Mehrere Redner haben das Projekt eines Bildungshauses Bahnhofsviertel angesprochen. Unsere Architekten arbeiten intensiv an der Ausarbeitung des Projektes. Dem Schöfferrat wurde ein Raumkonzept von den Baupiloten Berlin vorgestellt. Es sei daran erinnert, dass die UpFoundation im Vorfeld einen partizipativen Prozess initiiert hatte. Am Standort, wo das Bildungshaus errichtet werden soll, steht derzeit noch das Polizei-Parkinggebäude. Dieses Gebäude befindet sich in staatlichem Besitz und muss vorher abgerissen werden. Wann genau der Abriss erfolgen wird, ist noch unbekannt. Unsere Architekten arbeiten derzeit an der Erstellung einer „consultation rémunérée“. Im Februar 2026 wird der Gewinner der Ausschreibung bekannt sein. Im Februar 2027 soll ein detailliertes Projekt im Gemeinderat vorgestellt werden. Im Dezember 2027 wollen wir mit der Umsetzung des Projektes

beginnen. Im Idealfall sollten die Arbeiten im Dezember 2030 abgeschlossen sein. Große Projekte zu planen und umzusetzen braucht nun einmal Zeit. Für das genannte Projekt ist Ende 2030 tatsächlich der schnellstmögliche Fertigstellungszeitpunkt. Unsere Architekten arbeiten intensiv am Projekt.

Die Vereinigung UpFoundation arbeitet derzeit bereits in Zusammenarbeit mit den Kindern des Wohnviertels an einer schöneren Gestaltung des Schulhofs in der Rue du Commerce. Im kommenden Jahr soll der Schulhof von Grund auf saniert und neugestaltet werden. Es wurden auch Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in der Umgebung der Schule in der Rue du Commerce ergriffen. Die UpFoundation arbeitet an der Umsetzung der „Bildungslandschaft Bahnhofsviertel“.

Die Einführung der Alphabetisierung in französischer Sprache wird ab 2026 für alle Gemeinden obligatorisch werden. Dies bedeutet, dass die Kinder auf Französisch lesen und schreiben lernen sollen, was jedoch nicht bedeutet, dass sämtliche Fächer in französischer Sprache unterrichtet werden. In vielen Fächern wird der Unterricht weiterhin auf Deutsch oder Luxemburgisch erfolgen. Rat Benoy hat gefragt, warum die Stadt Luxemburg nicht am Pilotprojekt teilnimmt. Als Gemeinde konnten wir darauf keinen Einfluss nehmen. Das Bildungsministerium hatte vier Schulen für die Durchführung des Pilotprojektes ausgewählt. Letzteres wird derzeit ausgewertet.

Die Vorarbeiten zur Umsetzung einer Alphabetisierung in Französisch in den Grundschulen der Stadt Luxemburg laufen, dies in Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion. Parallel dazu wurde eine französische Firma beauftragt, eine Prognose zu erstellen in Bezug auf die Anzahl der Kinder, die in den kommenden 10, 20, 30 Jahren unsere öffentliche Schule besuchen werden. Die Unbekannte in diesem Algorithmus: Wie viele Kinder, die eine private Schule besuchen, werden mit der Einführung der Alphabetisierung in französischer Sprache in die öffentliche Schule wechseln? Wir gehen davon aus, dass es sich um eine recht große Anzahl von Kindern handeln wird, aber nicht um eine riesige Anzahl.

Wahrscheinlich werden nach wie vor viele Eltern ihre Kinder in eine Privatschule einschreiben, weil die Prävalenz von Deutsch und Französisch in der öffentlichen Schule immer noch gegeben sein wird und dieses Modell für viele Familien nicht in Frage kommt, weil sie sich z.B. eher eine englischsprachige Schule für ihr Kind wünschen.

Rat Benoy hat die Frage nach Mindeststandards für die PEPs aufgeworfen. Hier geht es um die Zusammenarbeit von Schule und Schulfoyer. Die Stadt hat vor kurzem eine Person im *Service Enseignement* eingestellt, deren spezifische Aufgabe darin besteht, diese Zusammenarbeit zu fördern und zu verbessern. Derzeit finden Unterredungen mit den Schulpräsidenten und Direktionsbeauftragten der Schulfoyers statt. Zu diesem Zeitpunkt besteht der Mindestanspruch darin, dass in jedem Schulsektor pro Jahr ein gemeinsames Projekt von Schule und Schulfoyer stattfinden soll. Vertreter von Schule und Schulfoyer treffen sich dreimal im Jahr, um über die Bedürfnisse der Kinder zu diskutieren und zu analysieren, wie sie diesen Bedürfnissen zusammen entsprechen können. Die LUGA 2025 wird sicherlich auch Gelegenheit bieten, dass Schulfoyers und Schulen das LUGA-Angebot zusammen nutzen werden. Die Stadt Luxemburg bietet Weiterbildungskurse an. Es ist angedacht, Weiterbildungskurse auch via die PEPs anzubieten, die sich sowohl an das Lehrpersonal als auch an das Personal der Schulfoyers richten.

Es wurde der Wunsch nach einer besseren sozialen Durchmischung in den Stadtteilschulen geäußert. Die Stadt Luxemburg zählt 19 Schulressorts, d.h. die Organisation basiert auf einer Stadtteillogik, die nur schwer zu durchbrechen wäre. Im Zuge der Arbeit der genannten französischen Firma kann ich mir gut vorstellen, dass es zu einer Anpassung des einen oder

anderen Schulressorts kommen wird, sofern man feststellt, dass eine Situation nicht mehr der Lebensrealität entspricht. Die Stadtteillogik werden wir voraussichtlich nicht aufgeben. Auch werden wir prüfen, ob sich anhand der Ergebnisse der „épreuves standardisées“ herausfiltern lässt, welche Schulressorts einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen, d.h. wo Kinder aus sozioökonomisch schwierigeren Verhältnissen eine spezifische pädagogische Unterstützung benötigen. Vergangene Woche hat mich die Nachricht erreicht, dass das Bildungsministerium nun in der Lage sei, uns die verschiedenen Daten vorzustellen. Ich gehe davon aus, dass wir uns Anfang 2025 treffen werden, um die verschiedenen Daten zusammen aufzuarbeiten, um dann einen gezielteren Blick auf die verschiedenen Schulen in Bezug auf ihre Bedürfnisse richten zu können.

Personalwechsel findet an den Schulen der Stadt Luxemburg statt, ist aber nicht übermäßig hoch und stellt auch keine besondere Herausforderung für die Stadt dar. Die Gründe sind vielseitig und es wäre falsch, den Personalwechsel allein darauf zurückzuführen, dass Lehrerinnen und Lehrer an ihrer Schule nicht zufrieden wären. Es ist üblich, dass Lehrpersonen zwei Jahre in Folge (d.h. während eines Lernzyklus) eine Klasse unterrichten, wobei es möglich ist, dass nach Ablauf der zwei Jahre ein Wechsel stattfindet. Dieser Wechsel erfolgt dann oft aufgrund der Ausbildung, des Statuts der jeweiligen Lehrerinnen und Lehrer, sprich ergibt sich aufgrund eines gegebenen Systems. Ein Personalwechsel kann auch erfolgen, weil Lehrerinnen und Lehrer im Laufe ihrer Laufbahn eine zusätzliche Ausbildung machen, ihre Laufbahn also kurz unterbrechen, um nach Abschluss der Ausbildung wieder in den Schulbetrieb einzusteigen. Das Modell „Einmal Lehrer, immer Lehrer“ gibt es in diesem Sinne fast nicht mehr. Wir haben es mit einer größeren Flexibilität zu tun. Der Personalwechsel in unseren Schulen bereitet uns momentan direkt keine Sorgen. Das Permutationssystem ist in der Stadt Luxemburg historisch gewachsen, was nicht verhindert, dass z.B. im Falle einer herausfordernden Situation, ein spezifisches Projekt definiert werden kann, mit dem Ziel, zu gewährleisten, dass der Lehrerbestand an der Schule stabil bleibt, dies vor dem Hintergrund, dass Kinder feste Bezugspersonen brauchen. Anlässlich der Ortsbegehung einer Schule in Düdelingen haben wir erfahren, dass die Gemeinde derzeit ausschließlich Projektschulen führt, wo Lehrpersonal und Personal des Schulfoyers während einer gewissen Zeitspanne vor den Auswirkungen eines Permutationssystems geschützt sind.

Da über die Kinderkrippen nicht allzu oft gesprochen wird, freut es mich, dass sich verschiedene Redner zum Thema geäußert haben. Die Frage war die, ob es nicht Sinn mache, in jedem Stadtteil eine öffentliche Kinderkrippe zu betreiben. Dies wäre in der Tat der Idealfall. Mit unseren städtischen Kinderkrippen decken wir momentan zehn Prozent der Nachfrage ab: Insgesamt besuchen mehr als 4.000 Kinder eine Kinderkrippe auf dem Stadtgebiet, davon 440 Kinder eine kommunale Kinderkrippe.

Die anderen Kinder besuchen demnach eine privat geführte Kinderkrippe, eine Situation, die historisch gewachsen und schwer zu ändern wäre, da die privaten Akteure ihren Platz auf dem Markt haben. Auf der Grundlage der Zahlen, die uns von der französischen Firma geliefert werden, wäre es durchaus denkbar zu prüfen, wo zusätzliche Kinderkrippen der Stadt eingerichtet werden können. Es besteht eine Warteliste für Betreuungsplätze in städtischen Kinderkrippen, die aber in keinem Vergleich mit der Warteliste für Schulfoyers steht. Da in Luxemburg für Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahre eine Schulpflicht besteht, ist die Nachfrage nach einem Platz in einem Schulfoyer sehr hoch. Da für Kinder bis 4 Jahre keine Schulpflicht besteht, ergeben sich für die Eltern mehr Entscheidungsfreiheiten, eine Situation, die sich im großen Angebot an privat geführten Kinderkrippen widerspiegelt. Darüber hinaus gilt es darauf hinzuweisen, dass es derzeit

schwierig ist, Personal für die Kinderkrippen zu finden, d.h. dass wir bei einem massiven Ausbau der Anzahl an städtischen Kinderkrippen nur schwer Fachpersonal finden würden. Ich könnte mir jedoch vorstellen, wir in Zukunft auf den Weg gehen könnten, bei dem einen oder anderen Bildungshaus eine Kinderkrippe mit in das Projekt zu integrieren.

Im Bereich Jugend beschäftigen wir uns auch mit dem wichtigen Thema, wie sich die Partizipation von Jugendlichen stärken lässt. Im „Atelier“ haben erstmals *City Partys* stattgefunden, womit wir dem Wunsch der Jugendlichen, alkoholfreie Partys unter Aufsicht der Stadt für Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren zu organisieren, entsprechen haben. Das Feedback der Eltern ist positiv. Das neue Angebot kommt auch gut bei den Jugendlichen an: Auf den beiden Partys konnten einmal 500 und einmal 600 jugendliche Teilnehmer gezählt werden. Die Stimmung auf den Partys war gut. Polizei, Jugendhäuser oder Vereinigungen wie „Inter-Actions“ waren mit Informationsständen vor Ort.

Die Stadt Luxemburg organisiert nicht nur *City Partys* für Jugendliche, sondern darüber hinaus auch andere Events, wie das „Intra-Urban -Festival“, das „Dance Festival“, das „Future Talent Stage Festival“ und „My Urban Piano“. Parallel dazu unterstützt die Stadt Luxemburg zahlreiche Events von verschiedenen Akteuren. Die Stadt ist mit ihrem aktuellen Veranstaltungsangebot gut aufgestellt, und die Organisation zahlreicher weiterer Veranstaltungen würde die Kapazitäten des *Service Jeunesse* übersteigen. Wenn die Jugendlichen jedoch mit der Bitte an uns herantreten, weitere Veranstaltungen zu organisieren, werden wir uns dieser Anfrage sicherlich nicht verschließen.

Die Ergebnisse des Diskussionsforums *Lätz'discuss* werden demnächst veröffentlicht. Der Jugenddienst hat die zahlreichen Ideen und Vorschläge an die verschiedenen Dienststellen weitergeleitet, und deren Gutachten liegen nun vor. Wir werden die Vorschläge Punkt für Punkt durchgehen und prüfen, welche davon umgesetzt werden können. Dazu gehören z.B. Bücherschränke, zusätzliche Outdoor-Fitnessplätze, der Vorschlag, längere Ladenöffnungszeiten am Abend, Nachtbusse, usw. Die beiden letztgenannten Vorschläge haben wir im Projekt *Future Generations* zusammengeführt. Zum Thema „Wie sieht ein attraktives Nachtleben in der Stadt Luxemburg für Euch aus?“ wird der Jugenddienst der Stadt Luxemburg in Zusammenarbeit mit der Vereinigung *Youth&Work* im Januar 2025 während sechs Wochen 15 Jugendliche begleiten.

Schöffin Simone BEISSEL: Vorab möchte ich Rätin Costantini für ihren hervorragenden Bericht und dem Finanzdienst für die hervorragende Arbeit danken.

Wie wir alle, hofft auch Rat Biver, dass das neue Athletikstadion in Hamm bis zu den Spielen der Kleinen Länder fertiggestellt sein wird. Das Projektprogramm steht, doch wir alle kennen die langwierigen gesetzlichen Prozeduren. Es wird auf Hochtouren daran gearbeitet, damit das Stadion bis Ende 2028 fertig wird.

Rat Boisante ist besorgt über die Überlastung der Rugby-Infrastrukturen, die dazu führt, dass viele Personen keinem Rugby-Verein beitreten können. Rugby wird derzeit in Weimerskirch (Fußballfeld), in Cessingen (synthetisches Feld) und für die großen Turniere im *Stade de Luxembourg* gespielt. Am Standort „Grauhans“ in Neudorf sind neue Sportinfrastrukturen geplant, darunter ein weiteres Fußballfeld, wo später auch Rugby gespielt werden kann. Die Nachfrage an Fußballfeldern ist groß. Zu diesem Zeitpunkt gibt es eine Nachfrage für 3,5 weitere Fußballfelder. Um diese anlegen zu können, fehlen uns noch die nötigen Grundstücke. Derzeit führen wir Verhandlungen mit sieben Eigentümern, die Grundstücke in der Nähe des Weges in Richtung „Grauhans“ besitzen. Wir brauchen diese Grundstücke, um einen zweiten Zugang zu schaffen, damit dort später auch größere Events stattfinden können.

Wir befinden uns derzeit in einem regelrechten Belagerungszustand, da die umliegenden Gemeinden in letzter Zeit weder ein Fußball- noch ein Rugby-Spielfeld auf ihrem Territorium geschaffen haben. Vereine aus den Nachbargemeinden wollen deshalb ihren Sitz in die Stadt Luxemburg verlegen – in der Hoffnung, dass ihnen hier Infrastrukturen zur Verfügung gestellt werden. Fakt ist jedoch, dass sämtliche Zeitfenster für unsere Fußballfelder, Sporthallen und Schwimmbäder von montags bis sonntags, von morgens 6 Uhr bis abends 23 Uhr ausgelastet sind. Daher mein Appell an die Vereine aus den Nachbargemeinden, die ihren Vereinsitz in die Stadt Luxemburg verlegen wollen, sich zuerst bei unseren Dienststellen zu erkundigen, ob noch Zeitfenster zur Verfügung stehen.

Rat Benoy wirft der Stadt Luxemburg vor, im Energiebereich nicht smart genug zu sein. Diese Aussage hat mich interpelliert, weshalb ich erneut kurz auf all die von der Stadt Luxemburg unternommenen Anstrengungen eingehen will. Die Stadt unternimmt sehr große Anstrengungen im Bereich Fotovoltaik. Im Rahmen aller von der Stadt geplanten Projekte wird die Machbarkeit der Installation von Fotovoltaik-Anlagen geprüft. Wir sind auf der Suche nach einem Grundstück, das sich für die Installation einer Windkraftanlage eignet. Ich träume von der Installation einer 178 m hohen Windkraftanlage. Ein großes Windrad kann drei Mal so viel Energie produzieren wie zehn kleinere. Es stellen sich allerdings eine Reihe von Problemen und Sachzwängen, insbesondere bezüglich der Flug- und Radarzonen.

Wärmepumpen werden, sofern es möglich ist, in allen neuen Gebäuden installiert. Doch auch hier gilt es Auflagen zu berücksichtigen und zu überprüfen, was machbar ist.

Rat Benoy behauptet, die Stadt Luxemburg baue ihr Gasnetz weiter aus. Dabei sollten Sie doch wissen, Herr Benoy, dass Ihr Kollege François Bausch in seiner Amtszeit als Energieminister ein großherzogliches Reglement auf den Weg gebracht hat – in Kraft getreten am 20. Januar 2022 –, das vorsieht, dass die Wärmepumpe zur Standardheizmethode neuer Häuser und Wohnungen werden soll und damit Gas und Öl ablöst. Die Stadt Luxemburg hält sich strikt an diese Vorgaben.

In seiner Intervention zum Umweltbericht hat Rat Philippart die Stadt Luxemburg in ihrem Umgang mit Energie gelobt. Für die von *déi gréng* geäußerten Sorgen betreffend Pestizide, die nicht nur in Luxemburg, sondern in allen Ländern ein großes Problem darstellen, haben wir Verständnis. Eine im Jahr 2014 erlassene EU-Richtlinie und weitere, zu einem späteren Zeitpunkt erlassene Richtlinien haben den Einsatz einer Reihe von Pestiziden verboten, doch gilt dies nicht für alle Pestizide. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln kann jedoch nicht gänzlich verboten werden, da unsere Landwirte andernfalls führen regelmäßig Kontrollen durch. Die Stadt Luxemburg hält die Vorschriften ein, doch sie allein kann nicht für alle in unseren Wasserläufen noch vorhandenen chemischen Verunreinigungen zuständig sein.

Der internationale Nitrat-Schwellenwert liegt bei 50 mg Nitrat pro Liter. Ein Teil der Quellen der Stadt Luxemburg liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Kopstal. Auf dem dort gelegenen Plateau liegen Felder, die nach wie vor stark gedüngt werden, um das Wachstum von Mais anzuregen, der unser Klima nicht besonders mag. Seit einigen Jahren gibt es ein stärkeres Bewusstsein für die Gefahren von im Boden verbliebenen

Nitraten, was dazu geführt hat, dass anders gedüngt wird. Rund um den Obersauer-Stausee werden die Bauern regelmäßig sensibilisiert und darüber informiert, was in einer Wasserschutzzone als Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden darf und was nicht. Auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg sind ebenfalls Schutzzone ausgewiesen. Nur für das Kopstaler Plateau und den Standort *Tubishaff* wurden noch keine definitiven Reglements erlassen.

Darüber hinaus gibt es eine regionale Zusammenarbeit. Die Stadt Luxemburg und die umliegenden Gemeinden treffen sich in regelmäßigen Abständen. Am 15. Januar 2025 wird ein Treffen stattfinden, bei dem erneut der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln am Standort *Tubishaff* und die Ausweisung von Wasserschutzzone diskutiert werden. Zusammen arbeiten wir daran, die Situation weiter zu verbessern.

Die Kontrollen auf den von der Stadt Luxemburg verpachteten Feldern werden vom Umweltministerium und vom Wasserwirtschaftsamt durchgeführt. Sollte sich herausstellen, dass ein Pächter die Dünger-Vorgaben nicht respektiert hat, wird er von der Stadt Luxemburg verwarnet. Es wäre zu prüfen, ob andere Strafmaßnahmen im Pachtvertrag eingeschrieben werden können. Die Qualität unseres Trinkwassers und unserer Wasserläufe liegt uns sehr am Herzen. Die Stadt Luxemburg ist federführend im Luxemburger Land. In anderen Gemeinden sind die Kläranlagen weitaus nicht so effizient wie in der Stadt Luxemburg, was dazu führt, dass die Wasserqualität der Fließgewässer, die durch das Gebiet der Stadt fließen, noch zu wünschen übriglässt.

Die Schwammstadt ist ein Konzept der Stadtplanung, das darauf abzielt, möglichst viel Regen- bzw. Oberflächenwasser vor Ort aufzunehmen und zu speichern. Dafür braucht es genügend Platz. Im Rahmen der Umsetzung neuer Teilbebauungspläne könnte dies vorgesehen werden. Rätin Gaasch meinte, dass Trinkwasser nicht verschwendet werden dürfe und man Regenwasser für die Klospülung und zum Bewässern der Gärten nutzen sollte. Es sei daran erinnert, dass seinerzeit ein grüner Minister den Bürgern die Subsidien für das Auffangen von Regenwasser in großen Behältern gestrichen hatte.

Die Erderwärmung wurde ebenfalls angesprochen. Im Jahr 2024 wurde eine Erderwärmung um im Schnitt 1,62 Grad berechnet. Wir versuchen krampfhaft, die Erderwärmung auf unter 1,5 °C zu begrenzen, doch wird dieser Wert überschritten. In Luxemburg weht häufig ein warmer Süd-Südwestwind in niedrigen Luftschichten, der häufig viel Regen mit sich bringt. Das Risiko von Starkregen wird in den kommenden Jahren steigen, weshalb die Stadt Luxemburg ihre Bürger über die in einer solchen Situation zu treffenden Maßnahmen informiert hat. Bei Überschwemmungen hilft die Stadt Luxemburg ihren Bürgern, wo sie nur kann. Eine zeitnahe Information über ein bevorstehendes Hochwasserrisiko zählt mit zu den wichtigsten Maßnahmen, um Katastrophen zu verhindern. Im Zusammenhang mit dem Katastrophenmanagement hat Rat Philippart auf die Wichtigkeit der Digitalisierung von Gebäuden und Wäldern hingewiesen, damit so schnell wie möglich reagiert werden kann. Zeit ist ein entscheidender Faktor, um größere Schäden zu verhindern.

Auch, wenn wir gegen Pestizide und Nitrate kämpfen, sind Wasseraufbereitungsanlagen nach wie vor notwendig. Unser Quellwasser hat einen hohen Härtegrad. Beim Sebes-Wasser dagegen handelt es sich um ein weiches Wasser, weshalb noch Kalk zugeführt werden muss, damit es den Normen der Trinkwasserverordnung entspricht. Beim Sebes-Wasser handelt es sich um Oberflächenwasser, was den großen Vorteil hat, dass der Nitratgehalt nur bei 11 mg pro Liter liegt. Die Werte beim Wasser aus unseren Quellen liegen zeitweise höher, weshalb Quellwasser und Sebes-Wasser auch gemischt werden, so dass wir den Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter nie erreichen. Wasseraufbereitungsanlagen

werden auch in Zukunft gebraucht, damit alle Haushalte auf dem Gebiet der Hauptstadt mit einer gleich guten Trinkwasserqualität versorgt werden.

Dank des Einsatzes von Aktivkohle, der Ultrafiltration sowie der Desinfektion mit Ozon gelingt es, rund 95 % Prozent aller Bakterien, Viren und Parasiten im Wasser zu beseitigen. Zusätzlich sieht unser *Service Eaux* vor, die Nanofiltration einzusetzen, um den Härtegrad des Wassers verschiedener Quellen, u.a. im *Birelergrund*, zu reduzieren.

Die Kapazität der Kläranlage Beggen wird von 210.000 auf 450.000 Einwohnergleichwerte erhöht. Es folgen die Bauarbeiten für die vierte Aufbereitungsstufe, bei der das Wasser mit Ozon und Aktivkohlegranulat behandelt wird, um Rückstände aus Medikamenten und Mikroschadstoffe aus dem Wasser zu entfernen. Die Qualität des Wassers, das in Beggen in die Alzette fließt, ist bereits besser geworden und wird durch die vierte Aufbereitungsstufe noch weiter verbessert.

Die Stadt Luxemburg unternimmt zudem große Anstrengungen, um den Durchfluss unserer Wasserläufe zu regulieren. Die erste Phase zur Renaturierung der Petrus ist abgeschlossen und die zweite Phase in Planung. Die Renaturierung der Alzette ist auf dem Gebiet der Gemeinde Walferdingen abgeschlossen und wird auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg in Angriff genommen. Die Renaturierung dient auch dem Hochwasserschutz.

Schöffin Corinne CAHEN: Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum ist eine große Herausforderung. Im kommenden Jahr werden rund 80 weitere Mietwohnungen bzw. erschwingliche Wohnungen geschaffen. Die Stadt Luxemburg kauft VEFA-Projekte auf, wodurch auf ihrem Gebiet weitere Wohnungen entstehen werden. Wohnen und Arbeiten näher zusammenzubringen, bedeutet auch mehr Lebensqualität. Die Stadt sieht sich in der Verantwortung, weitere Mietwohnungen und Wohnungen zu erschwinglichen Preisen zu schaffen. Die Nachfrage nach erschwinglichen Wohnungen ist groß, weshalb es mich freut, dass die Stadt weiter in diesen Bereich investiert.

Das Budget für den Sozialbereich steigt. Soziale Projekte werden fortgeführt und vorangetrieben. Sie alle wissen, dass mir *Housing First*-Projekte sehr am Herzen liegen. Es hat mich daher sehr gefreut, dass meine Kollegen im Schöffenrat damit einverstanden sind, die Entwicklung solcher Strukturen zu unterstützen. Erforderlich sind zwei Arten von *Housing First*-Strukturen: Zum einen Strukturen mit Studios für Menschen, die mehr Betreuung und Unterstützung durch Sozialarbeiter benötigen, zum anderen Wohnungen für Menschen, die alleine zurechtkommen. Ich glaube fest an Sinn und Zweck von *Housing First*-Strukturen und kann mich daher nur freuen, dass sowohl Vertreter von DP und CSV als auch die Opposition die Wichtigkeit solcher Projekte unterstreichen. Es ist ermutigend festzustellen, dass die betroffenen Personen, wenn sie die Chance haben, in eine *Housing First*-Wohnung einzuziehen, häufig weniger Drogen bzw. Alkohol konsumieren oder diesen Konsum ganz einstellen und es ihnen gelingt, sich zu stabilisieren. Solche *Housing First*-Wohnungen werden im Rahmen von neuen Teilbebauungsplänen eingeplant. Es ist wichtig zu wissen, dass diese Menschen in diesen Wohnungen wohnen bleiben werden und es also kein großes Turnover geben wird. Umso wichtiger ist es, dass wir weitere solcher Wohnungen planen, um jenen Menschen zu helfen, die möglicherweise bereits einen langen Weg hinter sich haben (*Nightshelters*, *Wanteraktioun*, usw.). Es ist zu begrüßen, dass die Stadt sowohl im Rahmen von VEFA-Projekten als auch im Rahmen von anderen Wohnungsbauprojekten *Housing First*-Wohnungen schaffen wird.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Den bereits ausgesprochenen Danksagungen möchte ich mich anschließen. Mein Dank geht an Frau Costantini für ihren sehr interessanten

Budgetbericht. Mir hat auch gut gefallen, dass sie das Thema *Smart City* in den Mittelpunkt gestellt hat – ein Thema, das auch ich vor 11 Jahren aufgegriffen hatte. Im Verlauf dieser 11 Jahre hat sich vieles getan. Die Technologie hat sich rasant weiterentwickelt. In den internationalen Rankings belegt die Stadt Luxemburg nach wie vor einen Platz in den vordersten Reihen. Die Aktivitäten einer *Smart City* lassen sich in verschiedene Bereiche einteilen: Smarte Infrastrukturen, Smart People, Smart Governance, Smart Mobility, Smart Environment, Smart Living. Im Folgenden werde ich auf die Bereiche Smart Mobility und Smart Living eingehen.

Die Investitionen der Stadt Luxemburg in den Bereich Informatik und insbesondere in die Datensicherheit sind groß. Und selbstverständlich versucht die Stadt auch, die gesammelten Daten smart einzusetzen und ihren Bürgerinnen und Bürgern eine smartere Stadt zu bieten. Es handelt sich dabei nicht nur um Netze für den Bedarf unserer Dienststellen, sondern auch um Angebote im Interesse der Bürger (z.B. *Bierger-Center*, Mobilität, Umwelt, Topografie, usw.).

Unsere nichtluxemburgischen Mitbürger, die aus anderen Ländern nach Luxemburg ziehen, sind mit dem Angebot in Luxemburg-Stadt und im Großherzogtum mehr als zufrieden: kostenloser öffentlicher Transport, gratis Musikschulen, Sportinfrastrukturen, usw. Die bereits bestehenden Angebote der Stadt Luxemburg und alle Angebote, die wir in Zukunft noch leisten wollen, verdienen sehr wohl die Bezeichnung „smart“, wobei ich auch die Meinung teile, dass wir noch mehr tun können. Wir wollen und werden mehr tun, doch kann dies nicht alles von heute auf morgen erreicht werden. Ich halte es hier mit den Worten einer großen Politikerin: „Die Perfektion ist nicht von dieser Welt“. Nicht immer ist alles perfekt, doch sind wir stets bemüht, noch besser zu werden. Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns in den vergangenen zwölf Monaten im Bereich Smart City noch besser aufgestellt haben. Ein Mitarbeiter unserer IT-Abteilung hat sich bereit erklärt, den Ist-Zustand von Grund auf zu analysieren und zu sehen, wo wir hinsteuern sollen. Wir hoffen, dass bis Sommer 2025 ein Strategie-Dokument vorliegen wird. Dieses wird dem Gemeinderat vorgestellt und wir werden eine Diskussion darüber führen können. Es macht Sinn, ein solches Dokument von Zeit zu Zeit zu aktualisieren und zu prüfen, welche Verbesserungen noch herbeigeführt werden können.

Rat Benoy hat verschiedene Beispiele angeführt, von denen er meinte, dass man die Vorgehensweise nicht smart nennen könne. Selbstverständlich freuen wir uns über konstruktive Bemerkungen, doch die Frage, ob es sich damit um smarte Bemerkungen handelt, sei dahingestellt. Rat Benoy nannte das Beispiel der „*Chèque-service*“-Rechnungen. Diese werden nicht von der Stadt Luxemburg ausgestellt, sondern über die nationale SIGI-Plattform im Auftrag des zuständigen Ministeriums. Unser Informatikdienst hat wiederholt beim SIGI dahingehend interveniert, dass die Rechnung einen QR-Code enthalten soll, doch bisher ist nichts dergleichen erfolgt.

Einladungen in Papierform sollten in der Tat mehr und mehr der Vergangenheit angehören. Zusammen mit dem Informatikdienst wollen wir prüfen, wo der Hebel angesetzt werden kann, um zu verhindern, dass z.B. Einladungen, Rechnungen, usw. in Papierform verschickt werden. Unser *Bierger-Center* arbeitet mit dem CTIE (*Centre des technologies de l'information de l'État*) zusammen, um zu ermöglichen, dass sämtliche Rechnungen, sofern es gewünscht ist, über die Plattform *myguichet.lu* zugestellt werden. Ich meine, dass wir hier auf dem guten Weg sind und man daher sehr wohl von *smart* sprechen kann. Der Schöffenrat ist offen für jeden smarten Vorschlag, unabhängig davon, welche politische Fraktion den Vorschlag vorbringt. Sollten sich darunter Vorschläge befinden, die umsetzbar sind, werden wir diese gerne aufgreifen.

Das Vel'Oh- Fahrradverleihsystem wird von der Firma JCDecaux betrieben, mit der wir einen Vertrag über zehn Jahre

abgeschlossen haben. Die Firma JCDecaux, die Eigentümerin der Fahrräder ist, hat entschieden, ihre Fahrräder nicht mit einem GPS-Tracker auszustatten. Wenn das Fahrradverleihsystem in vier bis fünf Jahren erneut ausgeschrieben wird, könnte man durchaus in Betracht ziehen, ein Tracking-System verpflichtend vorzusehen. Von den mehr als 25.000 Abonnenten des Vel'Oh-Systems nutzt die große Mehrheit die Fahrräder korrekt und stellt sie auch wieder in einem guten Zustand an der Station ab.

Rat Benoy hat die Städte Amsterdam, Stockholm und Kopenhagen genannt hat, in denen bereits fahrende Nummernschild-Scanner unterwegs sind, um Strafzettel auszustellen. Ich kann nur staunen, dass *déi gréng* Autos mit Kameras einsetzen wollen, um Parksünder ausfindig zu machen. Städte gehen hin und schreiben solche Dienstleistungen aus. Es sind Privatfirmen, die den Auftrag erhalten, was bedeutet, dass hier eine Auslagerung von Dienstleistungen stattfindet, worüber dann sicherlich *déi Lénk* nicht erfreut wären. Ältere Menschen, die weniger Smartphone-affin sind, tun sich möglicherweise schwer damit, Parkgebühren per Handy-App zu bezahlen, und laufen Gefahr, von dem fahrenden Nummernschilder-Scanner als Parksünder erfasst zu werden, weil sie das Ticket nicht mit der Handy-App gelöst haben. Die Stadt Luxemburg hat ein solches System noch nicht eingeführt und es stellt sich die Frage, ob das System tatsächlich so smart ist. Es sei auch daran erinnert, dass unsere *Agents municipaux* nicht nur gebührenpflichtige Verwarnungen gegen Falschparker ausstellen, sondern darüber hinaus noch andere Aufgaben haben. Indem sie in den Stadtteilen unterwegs sind, zeigen sie Präsenz und vermitteln den Anwohnern ein Gefühl von Sicherheit.

Rat Benoy hat das ZUG-Dossier angesprochen und dem Schöffenrat einen intransparenten Umgang mit den Daten vorgeworfen. Bürgermeisterin Polfer ist bereits ausführlich darauf eingegangen. Die Stadt wartet ab, zu welchem Schluss das Gericht kommt.

Im Jahr 2024 wurde im Gemeinderat viel über das Carloh-Angebot diskutiert, was letztendlich auch eine gute Werbung für das Angebot ist. Es sei darauf hingewiesen, dass seit diesem Jahr kein Mitglied des Schöffenrates mehr im Verwaltungsrat von *Carsharing Luxembourg s.a.* sitzt. Es stimmt, dass Carloh defizitär ist – wie viele Dienstleistungen, die von den Gemeinden angeboten werden. In ausländischen Städten gibt es allerdings auch Carsharing-Anbieter, die nicht defizitär sind. Uns war von Anfang an bewusst, dass es in Luxemburg-Stadt schwierig werden würde, und es war budgetär nicht vorgesehen, dass das Angebot nach zehn Jahren kein Defizit mehr schreiben würde. Nichtsdestoweniger ist es auch normal, dass man sich nach zehn Jahren fragen kann, wie es mit Carloh weitergehen soll. Der Schöffenrat hat sich für eine Kapitalerhöhung ausgesprochen, die es dem Anbieter erlauben wird, während zwei oder drei Jahren gut zu arbeiten, wobei der Beitrag der Stadt Luxemburg hinter den Erwartungen von *Carsharing Luxembourg* zurückgeblieben ist. In der Zwischenzeit soll geprüft werden, ob vielleicht eine Zusammenarbeit mit einem neuen Partner möglich wäre, wobei auch die Option einer nationalen Lösung ins Auge gefasst werden kann. Zu keinem Zeitpunkt stand im Raum, Carsharing nicht mehr in der Stadt anzubieten. Bis eine bessere Lösung gefunden ist, gilt es zu sehen, wo bei *Carsharing Luxembourg* der Schuh drückt und was wir tun können, um das Angebot noch bekannter zu machen. In den kommenden Wochen wird eine weitere Informationskampagne lanciert.

Bezüglich des Fahrradweges in der Rue des Aubépines kann ich nur wiederholen, dass unsere Dienststellen daran arbeiten. Die Umsetzung des nationalen Projektes „Boulevard de Merl“ ist wichtig, um den nötigen Raum für eine sichere Radverbindung bis hinauf zum „Centre hospitalier de Luxembourg“ zu erhalten. Um die bestehenden Normen erfüllen zu können, müssen dabei wahrscheinlich einige Bäume verpflanzt

werden. Was die „Rues cyclables“ anbelangt, hat die Stadt Luxemburg ein Ingenieurbüro damit beauftragt, bis Sommer 2025 Empfehlungen zum Radwegenetz, einschließlich der Fahrradstraßen, vorzulegen.

Innerhalb der kommenden Wochen wird die zuständige Dienststelle dem Schöffenrat ihre Vorschläge bezüglich des Anwohnerparkens vorlegen. Dann gilt es zu prüfen, was umsetzbar ist und was nicht, bzw. wo wir Anpassungen vornehmen wollen und wo nicht. Sollte es zu Anpassungen kommen, wird die zuständige beratende Kommission zu gegebenem Zeitpunkt damit befasst werden.

Im neuen *Parking Stade* stehen mehr als 50 Ladestationen zur Verfügung. Auch im Straßenraum befinden sich Ladestationen. Die Frage lautete, wie es in Zukunft weitergehen soll. Die Stadt Luxemburg hat ein Ingenieurbüro mit der Erstellung eines Lastenheftes beauftragt. Es soll eine Ausschreibung lanciert werden, um die Standorte der von der zurückbehaltenen Firma zu betreibenden Ladestationen auf dem gesamten Stadtgebiet festzulegen. Die Auftragsvergabe erfolgt Ende 2025. Bevor die Standorte der Ladestationen festgelegt werden können, muss Creos prüfen, wo dies möglich ist.

Es hat mich gefreut, dass weniger Fragen als sonst zur Mobilität gestellt wurden – was zeigt, dass Sie mit der Mobilität in der Stadt allgemein zufrieden sind.

Verschiedene Fragen wurden in Bezug auf das Abfallmanagement aufgeworfen. Rat Benoy meinte, dass die Stadt in puncto Abfallwiederverwertung auf der Stelle trete. Der Prozentsatz des Abfallrecyclings ist leicht gestiegen. Wir sind uns aber bewusst, dass noch viel Arbeit vor uns liegt, denn wir wollen immer besser zu werden. Die Stadt Luxemburg führt Kommunikations- und Sensibilisierungskampagnen durch und geht auf die Bürger, Unternehmen und Geschäfte zu, um sie darüber zu informieren, wie Abfall wiederverwertet bzw. vermieden werden kann. Diese Anstrengungen tragen Früchte. Die Bevölkerung der Stadt ist innerhalb von zehn Jahren von 104.000 Einwohner (im Jahr 2014) auf 135.000 Einwohner gestiegen – ein Anstieg um fast 30 %. Trotzdem ist das Gesamtabfallvolumen in derselben Zeitspanne von 63.068 auf 61.731 Tonnen zurückgegangen (minus 2,12 %), die Restmüllmenge von 38.588 auf 34.293 Tonnen (ein Rückgang um mehr als 11 %). Beim Recycling gab es einen Anstieg von 24.480 auf 27.438 Tonnen (ein Plus von mehr als 12 %). Der Restabfall pro Person lag 2014 bei 371 Kilogramm, 2024 sind es 254,56 kg (minus 31 %). Unsere Dienststelle hat in den vergangenen zehn Jahren „smarte“ Arbeit geleistet.

Rat Benoy wirft dem Schöffenrat vor, die Taxen für die Müllabfuhr nicht pro Leerung oder je nach Gewicht festlegen zu wollen. Wir haben nie gesagt, dass eine solche Maßnahme nicht umsetzbar sei. Seit über einem Jahr arbeitet die zuständige Dienststelle daran, ein entsprechendes System zu entwickeln. Für eine Gemeinde wie die Stadt Luxemburg ist die Erstellung einer neuen Taxenstruktur komplex. Alles muss im Detail analysiert werden. Die neue Taxenstruktur soll für den Bürger verständlich und nachvollziehbar sein. Im kommenden Jahr werden wir die zuständige beratende Kommission damit befassen können.

Unser *Service Biens* ist derzeit sehr gefragt. Grundstücke werden für den Bau von Wohnungen und öffentliche Infrastrukturen gebraucht. Für die VEFA-Projekte hat die Stadt Luxemburg Preise festgelegt: maximal 4.000 € pro Quadratmeter Grundstück und maximal 5.800 € pro Quadratmeter Bau. Wir haben auch festgehalten, dass Promotoren, die uns ein VEFA-Projekt verkaufen wollen, ihre realen Kosten vorlegen müssen. Wir haben die VEFA-Projekte nicht aufgekauft, damit sich Privatunternehmer eine goldene Nase daran verdienen können, sondern weil nichts mehr gebaut wurde und keine Verträge mehr unterschrieben wurden, was zu steigenden Preisen auf dem Mietwohnungsmarkt führte.

Unsere Motivation bestand darin, beim Bau von mehr Wohnraum zu helfen und gleichzeitig Arbeitsplätze im Bausektor zu erhalten. Wir haben klar dargelegt, dass wir die VEFA-Wohnungen zur Miete anbieten werden. Wir haben uns nicht dazu geäußert, für welche Wohnungen wir eine „aide à la pierre“ beantragen werden. Sie sollten uns zugestehen, dass wir diese Entscheidung zu gegebenem Zeitpunkt treffen, da wir eine gute soziale Durchmischung erreichen wollen.

Rätin Miltgen möchte ich darauf hinweisen, dass es schwierig ist, eine andere Stadt in Europa zu finden, deren Glasfaserabdeckung so weit fortgeschritten ist wie die der Stadt Luxemburg. 2007 wurde mit der Verlegung von Glasfasernetzen begonnen. Es wurde ein Masterplan ausgearbeitet, der seit 2010 ständig weiterentwickelt wird. Werden Infrastrukturarbeiten durchgeführt, wird Glasfaser mitverlegt. Die Glasfaserabdeckung ist mittlerweile fast komplett. Es werden Glasfaserleitungen an 27 verschiedene Kunden vermietet, darunter die Polizei, das CTIE, die CFL und CREOS. Seit 2007 hat die Stadt Luxemburg auch ein eigenes WIFI-Netz auf dem gesamten Stadtgebiet. Unsere Dienststellen können dieses Netz intern in einem gesicherten Modus nutzen, so dass wir weniger abhängig von externen Anbietern sind. Wir vernachlässigen weder unsere Netze noch die Sicherheit. Deshalb investieren wir auch in das LoRaWAN-Netzwerk. Rätin Miltgen hat auch die Cyber-Security angesprochen. Bereits vor 2010 hat unsere Dienststelle ein Spezialteam für die Sicherheit eingesetzt, mit der Aufgabe, die zentralen Infrastrukturen und die technischen Netze sämtlicher Dienststellen der Stadt abzusichern. Unsere IT-Dienststelle wird bei Informatik-Projekten stets konsultiert und sensibilisiert auch die Tausenden Mitarbeiter der Stadt. Wir sind im Bereich Cyber-Security sehr gut aufgestellt. Beim Versuch, unser IT-System im Jahr 2024 zu beeinträchtigen, hatten die Nutzer nur an einem einzigen Tag Probleme mit dem Zugang zu unserer Website. Beim zweiten Cyberangriff waren wir sehr gut aufgestellt. „Digital Twins“ ist ein weiteres Projekt, an dem wir arbeiten. Hier geht es darum, eine digitale Repräsentation der Stadt zu erstellen, die eingesetzt werden soll, um Projekte simulieren zu können. Verschiedene Städte in Europa arbeiten bereits mit diesem System. „Data Lake“ ist ein zentraler digitaler Speicher. Dieses Projekt werden wir zusammen mit *HotCity* angehen.

Die Veranstaltung von Events ist wichtig für eine Stadt, für ihre Bürger, für die Geschäftsleute. Während die traditionellen Events in der Oberstadt und im Bahnhofsviertel viele Besucher anziehen, finden in den Wohnvierteln weniger Events statt. Dies soll auch so bleiben, denn wir wollen nicht, dass in Wohnvierteln große Partys bis 1 Uhr früh stattfinden, doch das verhindert nicht, dass punktuell auch mal kleinere Events in Wohnvierteln stattfinden können.

Rat Wagner hat die Externalisierung von Dienstleistungen kritisiert, u.a. im Busdienst. Der städtische Busdienst beschäftigt mehr als 400 Mitarbeiter. Von allen Gemeinden zählt die Stadt Luxemburg sicherlich die meisten Busse, um den öffentlichen Transport zu gewährleisten. Da wir unser Angebot ständig verbessern und ein noch feinmaschigeres Busnetz anbieten wollen, greifen wir auf die Auslagerung zurück. Derzeit sind ungefähr zwei Drittel unserer Buslinien ausgelagert. Die Vorgaben in den Lastenheften sind streng und es werden auch regelmäßig Kontrollen durchgeführt. Der Service für die Bürger ist exzellent.

Ich fordere Rat Wagner auf, uns eine Gemeinde im Land zu nennen, die im Verhältnis zur Anzahl ihrer Einwohner so viele Mitarbeiter wie die Stadt Luxemburg zählt. Die Stadt Luxemburg ist bemüht, ihre Dienstleistungen so weit wie nur möglich selbst zu leisten, doch ab und an muss man auch auf die Hilfe von externen Anbietern zurückgreifen, die ebenfalls gute Arbeit leisten können. Ich meine nicht, dass es zu den Hauptaufgaben der Stadt Luxemburg zählt, städtische Kinderkrippen einzurichten, denn auch private Anbieter können

diese Dienstleistung anbieten. Eher sehe ich eine unserer Hauptaufgaben darin, z.B. Sportinfrastrukturen zu bauen.

Schöffe Mosar ist auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer eingegangen. Dazu möchte ich präzisieren, dass im Jahr 2023 insgesamt 768 Millionen Euro Gewerbesteuer auf dem Gebiet der Hauptstadt eingenommen wurden. Davon wurden 89 Millionen Euro direkt an die Stadt ausbezahlt. Es erfolgt zwar eine zweite Zuteilung, doch unter dem Strich bleibt die Gesamtsumme der Beträge, die der Stadt Luxemburg zugeteilt werden, weit unter den 40 % der Gewerbesteuer, die auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg eingenommen werden.

Schöffe Maurice BAUER: Vorab möchte auch ich Frau Costantini für ihren hervorragenden Bericht danken. Sie hat dabei die Thematik Digitalisierung in den Mittelpunkt gestellt. Die angeführten Beispiele zeigen, wie sehr die Digitalisierung und zum Teil auch die Künstliche Intelligenz bereits Einzug in unsere Dienststellen gehalten haben und eine Hilfestellung im Sinne einer effizienteren Verwaltung darstellen können. Mein Dank richtet sich auch an Frau Castagna und ihre Mitarbeiter. Sie leisten eine hervorragende Arbeit und stehen dem Budgetberichtersteller mit Rat und Tat zur Seite.

Die Stadt Luxemburg hat gesunde Finanzen. Dass dem so ist, verdanken wir einer weitsichtigen Politik der verschiedenen Schöffenräte in den letzten Jahren. Zahlreiche Projekte wurden vom Gemeinderat gebilligt, was bedeutet, dass in den kommenden Monaten und Jahren viel investiert wird. Die Finanzen der Stadt Luxemburg werden gut und vorsichtig verwaltet.

Die Aussagen der Opposition wollen einen glauben machen, wir würden in einer herabgewirtschafteten Stadt leben. Schöffe Goldschmidt hat zurecht darauf hingewiesen, dass viele Menschen sich dafür entscheiden, in die Stadt Luxemburg zu ziehen, weil sie wissen, dass wir eine Stadt sind, die auf vielen Ebenen sehr smart organisiert ist. Sicherlich kann man immer noch mehr tun, doch meine ich sagen zu können, dass sich die Majorität ein sehr ambitioniertes Programm gegeben hat, um unsere Stadt in allen Hinsichten weiter voranzubringen. Meine Kollegen aus dem Schöffenrat haben erneut auf die vielen Projekte hingewiesen, an denen gearbeitet wird, und sind dabei mit großer Fachkenntnis auch auf Punkte eingegangen, die meine Zuständigkeitsbereiche betreffen, so dass ich nicht mehr darauf einzugehen brauche.

Rat Benoy hat kritisiert, dass die Diskussion über den Umweltbericht 2021/2022 erst Ende 2024 stattfindet. In der letzten Sitzung habe ich dazu die nötigen Erklärungen gegeben. Die Gründe für die Verzögerung wurden auch in der beratenden Kommission erläutert. Wir sind dabei, die Verzögerungen aufzuarbeiten. Rat Benoy hat sich auf die Zahlen im Umweltbericht 2020/2022 berufen, um uns vorzuwerfen, unsere Ziele seien nicht ambitioniert genug. Natürlich muss berücksichtigt werden, dass in der Zwischenzeit eine Reihe von Maßnahmen getroffen und weitere Fortschritte erzielt wurden. *déi gréng* kritisieren, dass die CO₂-Emissionen auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg im Vergleich zu 2014 nur um 10 Prozent zurückgegangen seien. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass wir in der Zwischenzeit eine Reduktion von fast 40 % erreicht haben und wir mit diesem Ergebnis sehr zufrieden sein können. Wir sind „on track“. Wenn alles zum Besten läuft, werden wir sogar unser Ziel übertreffen. Der vorliegende Bericht enthält keine Zahlen über die Auswirkungen des Einsatzes von Elektro-Bussen, den Einkauf von Biogas, usw. - Bereiche, in denen wir seit 2021/2022 große Fortschritte zu verzeichnen haben. Derzeit können wir die Prognose wagen, dass wir bis 2030 in der Verwaltung eine CO₂-Reduktion von fast 85 Prozent erreichen werden. Die Stadt Luxemburg produziert bereits mehr erneuerbare Energie als wir verbrauchen. Diese Daten werden im Umweltbericht 2023/2024 ausführlich erläutert werden. Ich nutze die Gelegenheit, um

allen Dienststellen, die an der Erstellung des Umweltberichtes gearbeitet haben, für die hervorragende Arbeit zu danken.

Die Richtlinien für nachhaltigen Urbanismus sind dabei, ausgearbeitet zu werden, und sollten uns 2025 vorliegen.

Auch an der Entwicklung eines Begrünungskonzeptes wird gearbeitet. Dieses soll 2025 vorliegen. In dem Konzept werden klare Ziele definiert. Die Strategie, die wir zusammen mit unseren Dienststellen ausbauen, wird darin einfließen. Die LUGA 2025 ist weit mehr als nur eine Blumen- und Gartenschau. Die LUGA ist ein Motor für die gesamte Großregion. Es geht auch um Bewusstseins-schaffung, damit sich die Menschen über die Wichtigkeit von Natur und Naturschutz im urbanen Raum bewusst werden, um die Herbeiführung eines Mentalitätswechsels in der Gesellschaft. Viele Initiativen werden über die LUGA hinaus Bestand haben. Ziel ist es, die gesamte Bevölkerung zu begeistern, damit alle mithelfen, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern und die positiven Impakte der LUGA weiterzutragen. All dies wird 2025 in das Begrünungskonzept eingebaut.

Auf den Hochwasserrisiko-Managementplan ist bereits eingegangen worden. Dieser Plan geht weit über einen einfachen Hochwasserschutz hinaus. Es handelt sich um eine holistische Herangehensweise.

Die Stickstoffdioxid-Belastung geht kontinuierlich zurück. In den kommenden Monaten werden wir prüfen, wie wir die gemessenen Werte noch besser veröffentlichen und so eine noch größere Transparenz erreichen können.

Vor Ende 2024 erwarten wir eine erste Zertifizierung im Rahmen des „NaturPakt“.

Die Reduzierung der CO₂-Emissionen der privaten Gebäude stellt eine große Herausforderung dar. Rätin Gaasch hat sich nach den Maßnahmen erkundigt, die von der Stadt getroffen werden, um den Haushalten diesbezüglich zu helfen. Die Stadt Luxemburg arbeitet dabei eng mit der Klima-Agentur zusammen. Die Stadt hat ein Wärmekataster erstellt, gewährt Subventionen und bietet den Bürgern eine Beratung an. 2025 werden wir die Sensibilisierung der Bürger über die verschiedenen Unterstützungen, welche die Stadt anbietet, verstärken. Wir arbeiten mit den Betrieben zusammen. Vergangene Woche hat der Gemeinderat einer Konvention mit IMS Luxembourg (*Inspiring More Sustainability*) zugestimmt. Alle diese Maßnahmen werden im Klimaplan näher erläutert. Parallel dazu analysieren wir die von der Gemeinde Differdingen im Rahmen des Pilotprojektes „Zesumme renovéieren“ gemachten Erfahrungen. Die Ausschreibung zur Erstellung eines Klimaplanes ist erfolgt. Die verschiedenen Aktionen des Klimaplanes sollen noch besser strukturiert werden, damit wir so eng wie möglich mit allen Akteuren im Sinne einer besseren Sensibilisierung zusammenarbeiten können.

Rätin Gaasch meinte, dass die Stadt sich ein reines Gewissen erkaufen wolle, indem sie grünes Gas einkaufe. Dem könnte man entgegen, dass die Grünen-Wähler sich bei den Wahlen ebenfalls ein reines Gewissen verschaffen wollen. Im Vordergrund steht die Vermittlung einer Botschaft. Wenn die Stadt Luxemburg als einer der größten Akteure beschließt, von normalem Gas auf Biogas umzusteigen, so ist dies ein starkes Signal, um die Bürger darauf hinzuweisen, dass auch sie die Möglichkeit haben, auf grünes Gas umzusteigen und damit ihren Beitrag für einen besseren CO₂-Fußabdruck zu leisten. Darüber hinaus ist es ein Signal an den Markt, das zeigt, dass ein Akteur wie die Stadt Luxemburg bereit ist, zu handeln, wodurch auch die Produktion von Biogas rentabilisiert werden kann.

Die Zahlen im Umweltbericht 2024 werden zeigen, wie groß die Anstrengungen in Bezug auf die Installation von Fotovoltaikanlagen gewesen sind. Wir sind hier auf dem richtigen Weg.

Schöffin Beissel ist bereits eingehend auf die zum Thema Wasser aufgeworfenen Fragen und Bemerkungen eingegangen.

Die zuständige Dienststelle arbeitet an der Erstellung eines Konzeptes, um die Vereinigungen bei der Organisation von Events ohne Einweg-Produkte zu unterstützen.

Was die Erarbeitung von Biodiversitätsindikatoren angeht, werden diese Mitte 2025 vorliegen und in das Begrünungskonzept einfließen.

An der Ausarbeitung der Bauherrenmappe wurde eifrig gearbeitet. Im Rahmen der Erklärung zur administrativen Vereinfachung wurde die Einrichtung einer informatischen Plattform auf der Ebene des Ministeriums beschlossen. Die Mitarbeiter unserer zuständigen Dienststelle sind in diese Arbeiten eingebunden.

Es wurde eine Liste der Gebäude der Stadt Luxemburg erstellt, die am meisten Energie verbrauchen, und wir sind dabei zu planen, welche dieser Gebäude als erstes energetisch saniert werden sollen. Es sei darauf hingewiesen, dass es manchmal schwierig ist, die nötigen Kapazitäten bei den Ingenieurbüros und /oder im Handwerkssektor zu finden, um schnell renovieren zu können.

Es wurde vorgeschlagen, eine Broschüre für die neuen Bewohner zu erstellen. Ganz allgemein ist es die Politik der Stadt Luxemburg, Papier einzusparen und die Bürger auf die Informationen im Internet zu verweisen. Die Anregung werde ich aber mitnehmen.

Rat Boisante hat sich erkundigt, ob die Stadt gewillt sei, einen Vorrat an Produkten anzulegen, um den Vereinigungen diese bei Veranstaltungen zur Verfügung stellen zu können. Die zuständige Dienststelle wird dem Schöffenrat eine Strategie vorlegen, um Single-Use-Plastikprodukte zu vermeiden.

Die Schaffung einer Kreislaufwirtschaft im Bausektor setzt die Entwicklung eines ganzen Ökosystems im Bausektor voraus. Die Stadt steht in diesem Zusammenhang in ständigem Kontakt mit dem Wirtschaftsministerium.

Rat Weidig meinte, dass man nicht auf jede neue Technologie springen solle und eine Reduzierung der CO₂-Emissionen nicht das Wichtigste auf der Welt sei. Wir leben in einer Demokratie, wo jeder seine Meinung darlegen kann. Wir teilen die Meinung von Rat Weidig jedoch nicht. CO₂-Emissionen haben weitreichende Auswirkungen. Der Umweltbericht zeigt die Zusammenhänge sehr gut auf und erlaubt uns, eine kohärente Umwelt- und Klimapolitik zu betreiben.

Ich danke Rat Philippart dafür, dass er die Bedeutung des LCTO und seiner Stadtführer hervorgehoben hat, denn deren Rolle wird oft unterschätzt. Sie sind wichtige Botschafter unserer Stadt, weshalb ich mich über die enge Zusammenarbeit mit dem LCTO freue. Wir werden das LCTO auch weiterhin unterstützen, damit es unsere Stadt auch in Zukunft von ihrer besten Seite zeigen kann.

Rat Boisante hat sich nach Maßnahmen erkundigt, um die Stadt besser zu vermarkten und die Geschäftsleute stärker zu unterstützen. Die Stadt kann vieles unternehmen, um den Rahmen zu setzen, kann aber nicht festlegen, welche Waren ein Geschäft zu verkaufen hat. Wir versuchen jedoch, mit allen Besitzern von Geschäftslokalen und mit den Handelsketten im Austausch zu bleiben. Kürzlich waren wir auf der MAPIC-Messe in Cannes, um dort für unsere Stadt zu werben. Es wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der Schöffin Cahen und ich zusammen mit unseren Mitarbeitern einen Aktionsplan entwickeln, um das Bahnhofsviertel zu revitalisieren. 2023 sind die „Gare Grooves“-Konzerte angelaufen. In den kommenden Monaten sollen weitere Aktionen bekannt gemacht werden, darunter ein Nachtmarkt im Bahnhofsviertel sowie Aktivitäten, welche die ganze Stadt einbinden. Es

sei auch erneut darauf hingewiesen, dass es 25 Prozent der Pop-up-Stores gelingt, sich auf dem Markt zu etablieren. Die Stadt wird das Pop-Up-Konzept weiterführen.

Rat Weidig konnte sich erneut keine Kritik an der Vereinigung „CID Fraen an Gender“ verkneifen und hat mich gewissermaßen als Vertreter des Wokismus dargestellt. Ich kann nur wiederholen, dass die Unterstützung der genannten Vereinigung durch die Stadt Luxemburg mit großem Engagement fortgesetzt wird und die Stadt in Zusammenarbeit mit der Chancengleichheitskommission auch in Zukunft im Sinne der Chancengleichheit arbeiten wird.

Von Seiten der Opposition wurde kritisiert, dass der Umweltbericht 2021/2022 zu kurzfristig

vor der Gemeinderatssitzung bereitgestellt worden sei. Ich werde zusammen mit der Dienststelle dafür sorgen, dass der Umweltbericht 2023/2024 den Gemeinderäten einen Monat vor der Sitzung, in welcher er vorgestellt und diskutiert werden soll, vorliegt.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Kollegen aus dem Schöffenrat für ihre ausführlichen Antworten auf die Fragen und Bemerkungen der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

Rat Philippart ist auf die großen Bemühungen der Stadt Luxemburg auf kultureller Ebene eingegangen und hat betont, dass wir keine Mühe scheuen, um unsere kulturellen Institutionen auch weiterhin zu unterstützen. Es stehen wunderbare Projekte an. Vor kurzem hat der Gemeinderat dem Projekt für den Umbau und die Renovierung der Kinemathek sowie dem Projekt für die Renovierung des großen Auditoriums im Konservatorium zugestimmt. In Clausen wird das Michel-Rodange-Haus renoviert, wo sich der Hauptsitz der Musikschulen befinden wird. Rat Philippart hat sich dafür eingesetzt, dass die Fotothek weiterhin unterstützt wird, damit die Öffentlichkeit problemlos auf ihre fast sieben Millionen Fotos zugreifen kann. Ich nehme dieses Anliegen sehr ernst. Was die Urheberrechte der im Internet verwendeten Fotos betrifft, werde ich prüfen lassen, was möglich ist und was nicht.

Rat Philippart hat ebenfalls darauf hingewiesen, dass Investitionen in Höhe von 5,8 Millionen Euro für Arbeiten in den Kulturzentren vorgesehen sind. Es handelt sich dabei um größere und kleinere Arbeiten in insgesamt 15 Kulturzentren, wobei diese Arbeiten überwiegend dazu dienen, die Kulturzentren an die geltenden Sicherheitsstandards anzupassen.

Ich habe mich an der Art und Weise, wie Rat Benoy die *ApériTours* dargestellt hat, gestört. Die *ApériTours* waren ein großer Erfolg. Allein am Kick-Off-Event am 18. Juni 2024 nahmen 350 Personen teil. Die Bürger konnten auch online ihre Meinung zu den Vierteln mitteilen. Insgesamt 13.896 Bürger haben diese Internetseite konsultiert und 3.973 Bürger haben ihre Vorschläge online eingereicht. Alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die an den *ApériTours* teilgenommen haben, konnten sich davon überzeugen, dass das Interesse groß war. Im Anschluss an Viertelbegehungen lockerer Atmosphäre haben die Fachleute aus unseren Dienststellen die verschiedenen Projekte, die für das jeweilige Viertel vorgesehen sind, eingehend vorgestellt. Beim *Ideation Lab* haben sich 50 Teilnehmer während zweieinhalb Tagen in Teams (eins pro Stadtviertel) getroffen, um eine Idee weiterzuentwickeln, für die sie eine Lösung erarbeiten wollen, mit dem Ziel, das Zusammenleben und die Lebensqualität in ihrem Stadtteil zu verbessern. Die Ergebnisse dieser Gruppenarbeiten wurden vorgestellt. Die Frage, wie es nun weitergehen soll, ist gerechtfertigt. Bei diesem Projekt hat sich die Stadt von erfahrenen externen Mentoren sowie Fachkräften aus unseren Dienststellen begleiten lassen. Sowohl die schriftlich

eingegangenen Vorschläge als auch die vorgestellten Gruppenarbeiten werden derzeit von einem externen Studienbüro analysiert. Die Ergebnisse werden dem Schöffenrat im Frühjahr 2025 vorgelegt. Dann werden wir sehen, was kurzfristig umgesetzt werden kann und welche Ideen mehr Zeit für eine Umsetzung brauchen. Der Gemeinderat wird über die Ergebnisse der Analyse informiert werden. Es kann sein, dass zur Umsetzung des einen oder anderen Vorschlags punktuelle Änderungen am Flächennutzungsplan oder Änderungen am Bautenreglement vorgenommen werden müssen. Wir haben die Überarbeitung unseres Bautenreglements etwas ruhen gelassen, da wir die Vorschläge der Regierung im Hinblick auf die administrative Vereinfachung abwarten wollen. Sobald diese Vorschläge vorliegen, werden wir diese übernehmen und unser Bautenreglement entsprechend überarbeiten. Die *Commission du développement urbain* wird dann damit befasst werden.

Auch ich war froh zu hören, dass sowohl Rat Benoy als auch Rat Boisante sich positiv über die neue Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum geäußert haben. Die Stadt Luxemburg hat lange dafür gekämpft, da wir der Ansicht sind, dass die lokale Präsenz der Polizei einen wichtigen präventiven Charakter hat. Die Bemühungen im Bereich der Ausbildung weiterer Polizisten müssen fortgesetzt werden. Ich würde es begrüßen, wenn ein nationales Rundtischgespräch stattfinden könnte, an dem nicht nur Vertreter der Polizei, sondern auch Vertreter der Justiz und der sozialen Dienststellen teilnehmen sollten, denn nur zusammen kann man versuchen, die Situationen, welche die Menschen im Bahnhofsviertel und auch anderswo leider erleben müssen, besser in den Griff zu bekommen. Es kann nicht sein, dass die Polizei innerhalb einer Woche ein- und dieselbe Person drei Mal protokolliert und sie diese Person am kommenden Tag wieder auf der Straße antrifft, ohne dass es zu einer strafrechtlichen Verfolgung des Vergehens gekommen ist. Diese Situation ist für die Polizei frustrierend und erweckt bei der protokollierten Person den Eindruck, dass ihr niemand etwas anhaben könne. Solche Situationen müssen behoben werden.

Ich verstehe nicht, von wem sich Rätin Miltgen hat beraten lassen, um derartige Bemerkungen über die LUGA 2025 zu machen. Die LUGA wird ganz sicher kein Prestigeobjekt sein – ganz im Gegenteil! Ganz nach dem Motto „das Unsichtbare sichtbar machen“ wird die LUGA als äußerst nachhaltiges Projekt konzipiert. Rätin Miltgen sorgt sich, dass nicht genügend Parkplätze zur Verfügung stehen werden. Ich habe den Plan mit dem bereits entwickelten Parkplatzkonzept und der Zufahrtsregelung für die LUGA heute hier im Gemeinderatssaal aushängen lassen.

Auch die Stadt Luxemburg ist kein Freund der Auslagerung von Dienstleistungen. Wenn wir Auslagerungen vermeiden können, tun wir das. In unserem *Service Maintenance* arbeiten mehr als 350 Personen, die für die Reinigung unserer Gebäude zuständig sind. Die Gesellschaft, in der wir leben, braucht Posten für hochqualifiziertes Personal, aber auch Posten für weniger qualifiziertes Personal.

Es freut mich, dass wir so gut zusammenarbeiten, um unsere Stadt so aufzustellen, dass sie den sehr großen Herausforderungen, denen sie bereits in den letzten Jahren ausgesetzt war, weiterhin gerecht werden kann. Der Aussage von Rat Boisante, der Haushalt 2025 sei nicht ambitiös, muss ich mit Nachdruck widersprechen. Dem Gemeinderat liegt ein sehr ambitioniertes Budget vor, das die in der Schöffenratserklärung angekündigte Politik widerspiegelt. Man sollte sich immer wieder vor Augen führen, dass die Bevölkerung der Stadt Luxemburg in den vergangenen zehn Jahren um 32.427 Einwohner gewachsen ist. Ohne den großen Einsatz auch seitens der privaten Hand wäre dies sicherlich nicht möglich gewesen. In den vergangenen zehn Jahren sind allein für den Bau von Wohnungen auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg

13.892 Baugenehmigungen erteilt worden. Ein Großteil dieser Wohnungen wurde von privater Hand gebaut.

In den letzten beiden Jahren und insbesondere 2023 hatten wir es mit Krisen zu tun, die durch die verschiedensten Ereignisse ausgelöst wurden. Wir konnten feststellen, wie solche Krisen sich relativ schnell negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken können. Ich hoffe, dass wir mit all den Projekten, die im Budget ihren Niederschlag finden, mithelfen können, diese Gesellschaft wieder auf dem Arbeitsmarkt zu stabilisieren, und es uns weiterhin gelingt, in unserer multikulturellen Gesellschaft, auf die wir alle stolz sind, ein Zusammenleben in bestmöglicher Harmonie zu organisieren. Dies ist uns bisher gut gelungen. In verschiedenen europäischen Ländern gibt es besorgniserregende Entwicklungen. Bei allem, was man immer noch mehr und besser machen kann – und daran arbeiten wir alle zusammen –, sollten wir froh sein, dass unser Land eine stabile, demokratisch gewählte Regierung und ein demokratisch gewähltes Parlament hat und wir ein demokratisches Gemeinwesen haben. In diesem Sinne sollten wir weiter zusammenarbeiten, damit wir im kommenden Jahr sagen können, dass es uns gelungen ist, dieses und jenes Projekt, sowie andere Projekte voranzutreiben, und wir mit dazu beitragen, dass sich unsere Stadt weiter positiv entwickelt.

Abschließend möchte ich mich allen Worten des Dankes anschließen. Als noch relativ neues Mitglied im Gemeinderat hat Rätin Costantini die Herausforderung, den Budgetbericht der Finanzkommission zu verfassen, angenommen, eine Erfahrung, welche die Komplexität der Stadt, die Vielzahl der Projekte offenbart und auch zeigt, wie gut die Stadt aufgestellt ist. Ich möchte mich bei Rätin Costantini, Frau Castagna und Herrn Reding für die hervorragende Arbeit bedanken. Mein Dank geht auch an Rat Claude Radoux, Präsident der Finanzkommission, an Finanzschöffe Mosar, der die Diskussionen in der Finanzkommission dynamisch und engagiert geführt hat, und an alle Kollegen aus dem Schöfferrat. Wir versuchen, so viel wie möglich anzugehen, doch auch für uns hat der Tag nur 24 Stunden. Wir geben unser Bestes.

Berichtigtes Budget 2024 und Haushaltsentwurf 2025

	Berichtigtes Budget 2024	Budgetvorlage 2025
Ordentliche Einnahmen	1.208.871.700	1.253.857.800
Ordentliche Ausgaben	859.879.400	894.664.700
Ordentliches Resultat	348.992.300	359.193.100
Außerordentliche Einnahmen	44.465.400	153.007.400
Außerordentliche Ausgaben	534.392.800	665.163.500
Außerordentliches Resultat	- 489.927.400	- 512.156.100
<u>Resultat des Rechnungsjahres</u>	- 140.935.100	- 152.963.000

Das berichtigte Budget 2024 und die Budgetvorlage 2025 werden von den Fraktionen DP und CSV gutgeheißen. Die Vertreter von déi gréng, LSAP, déi Lénk und ADR stimmen dagegen.

Konten 2023 der Stadt Luxemburg

Ordentliche Einnahmen	1.113.042.942,16
Ordentliche Ausgaben	838.482.903,77
Ordentliches Resultat	274.560.038,39
Außerordentliche Einnahmen	60.976.074,92
Außerordentliche Ausgaben	305.584.880,59
Außerordentliches Resultat	- 244.608.805,67
<u>Resultat des Rechnungsjahres</u>	29.951.232,72

Finanzsituation am Ende des Rechnungsjahres 2023

Resultat des Rechnungsjahres 2023	29.951.232,72
Boni vorangehender Jahre	541.212.123,73
Gesamtergebnis	571.163.356,45

Die Konten 2023 der Stadt Luxemburg werden einstimmig gutgeheißen.

Konten 2023 der Stiftungen

Die Konten 2023 der Stiftungen werden einstimmig gutgeheißen.

Baukostenabrechnungen

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Bei 13 der 16 Projekte, für welche die Abrechnungen vorliegen, sind die Kosten unter dem votierten Kostenvoranschlag geblieben. Dies zeigt, dass unsere Dienststellen gut und seriös arbeiten.

Die Baukostenabrechnungen werden einstimmig gutgeheißen.

VIII. ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN UNTER DER AUFSICHT DER STADT LUXEMBURG

Rat François BENOY (déi gréng): Dem Jahresbericht des Sozialamtes ist zu entnehmen, dass immer mehr Personen das Sozialamt aufsuchen und die Situationen, in denen sie sich befinden, immer komplexer werden. Das größte Problem der Klienten stellt nach wie vor die Suche nach einer Wohnung dar. Die Mietpreise sind hoch. Der Personalbestand des Sozialamtes wurde in den vergangenen Jahren erhöht, bleibt aber hinter den gesetzlich zulässigen Möglichkeiten zurück. Angesichts der sozialen Probleme in unserer Stadt sollte der Personalbestand des Sozialamtes weiter erhöht werden. Die Räumlichkeiten, in denen das Sozialamt untergebracht ist, sind zu eng, weshalb die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Teams des Sozialamtes noch nicht optimal ist.

Die Auslastung der Betten in den Zivilhospizen der Stadt Luxemburg ist ebenfalls nicht optimal, was nicht zuletzt auch auf die Konkurrenzsituation zurückzuführen ist, die es zwischen den verschiedenen Strukturen in diesem Sektor gibt. Es stellt sich die Frage, wie die Zivilhospize sich besser aufstellen können, um an Attraktivität zu gewinnen und eine bessere Auslastung zu erreichen. Eine Erhöhung der Tarife erachten wir nicht als hilfreich. Vielmehr gilt es, mehr Qualität zu bieten und das Angebot besser an die Bedürfnisse anzupassen. Die Personalkosten sowie die Rekrutierung von Personal sind die sich stellenden Herausforderungen.

Die Stiftung Pescatore schreibt Defizite und auch hier lässt sich ein hoher Druck bei den Personalkosten feststellen. *déi gréng* haben dem Ausbau-Projekt zum Teil kritisch gegenübergestanden. Die Umsetzung des Projektes hat sich verzögert, die Kosten sind massiv gestiegen. Vor allem haben wir das überdimensionierte Parkhaus kritisiert, da die Stiftung Pescatore sehr zentral gelegen und gut an den öffentlichen Transport angebunden ist. Wie in den Vorjahren werden wir uns daher beim berichtigten Budget 2024 und beim Budget 2025 der Stiftung Pescatore enthalten.

Schöffin Corinne CAHEN: Die Suche nach Personal gestaltet sich nicht nur beim Sozialamt der Stadt Luxemburg schwierig. Landesweit werden Sozialarbeiter in diesem Sektor gesucht. Auch wir bedauern, dass die Regionalbeauftragten für soziale Eingliederung (ARIS) noch nicht mit den Mitarbeitern unseres Sozialamtes zusammen in einem Gebäude untergebracht sind, was der Enge der Räumlichkeiten geschuldet ist. Sowohl das RMG-Gesetz als auch das REVIS-Gesetz wurden abgeändert, damit die Regionalbeauftragten und die Sozialarbeiter zusammen unter einem Dach arbeiten können. Wir suchen weiter nach geeigneten Räumlichkeiten, um dies zu ermöglichen. Sobald wir fündig geworden sind, werde ich den Gemeinderat davon in Kenntnis setzen.

Es ist kein Geheimnis, dass wir sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene nur schwer Fachkräfte finden (z.B. „aides-soignantes“ und Krankenpfleger). Die Großregion ist abgegrast und wir stellen fest, dass die Zahl der Grenzgänger aus Deutschland und Belgien abnimmt – was eine Herausforderung darstellt.

Die Betten in den Zivilhospizen sind nach wie vor gut ausgelastet. Zahlenangaben zur Stiftung Pescatore liegen mir nicht vor. Nichtsdestoweniger müssen sich diese Strukturen gewissermaßen neu erfinden, z.B. vor dem Hintergrund, dass Demenzerkrankungen vielleicht irgendwann gestoppt oder geheilt werden können. Jede Struktur muss diesbezügliche Überlegungen führen. Die Zivilhospize weisen die Besonderheit auf, dass sie auch Personen aufnehmen können, die beatmet werden müssen. Jede der Strukturen muss ihre spezifischen Besonderheiten finden und sich in Bezug auf die Fortschritte in der Medizin und die Art und Weise, wie die Menschen heute zusammenleben, weiterentwickeln. Die Verwaltungsräte müssen sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Abstimmungen:

1) Sozialamt:

	Berichtiger Haushalt 2024	Budgetvorlage 2025
Ordentliche Einnahmen	13.131.207,00	12.560.280,00
Ordentliche Ausgaben	12.525.967,00	12.114.380,00
Ordentliches Resultat	605.240,00	445.900,00

	Berichtiger Haushalt 2024	Budgetvorlage 2025
Außerordentliche Einnahmen	1.057.197,00	1.014.500,00
Außerordentliche Ausgaben	1.351.697,00	1.334.000,00
Außerordentliches Resultat	-294.500,00	-319.500,00
<u>Resultat des Rechnungsjahres</u>	310.740	126.400

Der berichtigte Haushalt 2024 und die Budgetvorlage 2025 des Sozialamtes werden einstimmig gutgeheißen.

2) Zivilhospize:

	Konten 2022	Berichtiger Haushalt 2024	Budgetvorlage 2025
Ordentliche Einnahmen	43.139.561,16	44.342.000	45.525.600
Ordentliche Ausgaben	43.139.561,16	44.341.300	45.525.400
Ordentliches Resultat	0,00	700	200
Außerordentliche Einnahmen	6.526.203,95	3.547.800	2.511.100
Außerordentliche Ausgaben	3.778.976,56	4.090.700	5.410.200
Außerordentliches Resultat	-2.747.227,39	-542.900	-2.899.100
<u>Resultat des Rechnungsjahres</u>	-2.747.227,39	-542.200	-2.898.900

Die Konten 2022, der berichtigte Haushalt 2024 und die Budgetvorlage 2025 der Zivilhospize werden einstimmig gutgeheißen.

3) Stiftung Jean-Pierre Pescatore:

	Berichtiger Haushalt 2024	Budgetvorlage 2025
Ordentliche Einnahmen	36.627.000	36.411.000
Ordentliche Ausgaben	35.337.000	37.744.000
Ordentliches Resultat	1.290.000	1.333.000

	Berichtiger Haushalt 2024	Budgetvorlage 2025
Außerordentliche Einnahmen	22.929.000	3.394.000
Außerordentliche Ausgaben	19.728.700	15.306.000
Außerordentliches Resultat	3.200.300	11.912.000
<u>Resultat des Rechnungsjahres</u>	4.490.300	-13.245.000

Der berichtigte Haushalt 2024 und die Budgetvorlage 2025 der Stiftung J.-P. Pescatore werden bei Enthaltung der Vertreter von déi gréng gutgeheißen.

IX. KONVENTIONEN

- 1) Die Gesellschaften *Logimmo s.à r.l.* und *Marylebone s.à r.l.* treten unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) und ein Grundstück („place occupée“) mit einer Gesamtfläche von 0,25 Ar in der Rue des Légionnaires an die Stadt Luxemburg ab. Im Gegenzug tritt die Stadt Luxemburg unentgeltlich ein Grundstück („place occupée“) (0,08 Ar) an zwei Einwohner ab. Zweck: Grundstücksregulierung.
- 2) Die Stadt Luxemburg erwirbt von zwei Privatpersonen mehrere Grundstücke („terre labourable“) (201,93 Ar) gelegen in den Orten genannt „Im Weissenland“, „Auf Greischgruendchen“ und „Auf dem Hirzenberg“. Preis: 320.000 €. Zweck: Schaffung einer Grund- und Bodenreserve im Hinblick auf die Schaffung einer ökologischen Bodenreserve für künftige Kompensierungsmaßnahmen.
- 3) Die Stadt Luxemburg erwirbt von der Firma *Stugalux Construction s.a.* ein Einfamilienhaus (1,65 Ar) im Bau gelegen 146D, Rue de Hamm. Preis: 796.535,48 €. Zweck: Vermarktung einer Wohnung mittels Integration des Hauses in den Mietpark der Stadt Luxemburg.
- 4) Die Stadt Luxemburg erwirbt von Privatpersonen ein Grundstück („terre labourable“) (12,60 Ar) im Ort genannt „Grauhans“ in Neudorf. Preis: 75.600 €. Zweck: Bau von Gemeinschaftseinrichtungen, wie z.B. Sportinfrastrukturen.
- 5) Die Stadt Luxemburg erwirbt von Privatpersonen ein Grundstück („terre labourable“) (53,80 Ar) im Ort genannt „Grauhans“ in Neudorf. Preis: 322.800 €. Zweck: Bau von Gemeinschaftseinrichtungen, wie z.B. Sportinfrastrukturen.
- 6) Die Stadt Luxemburg erwirbt von einer Privatperson ein Grundstück („terre labourable“) (26,70 Ar) im Ort genannt „Grauhans“ in Neudorf. Preis: 160.200 €. Zweck: Bau von Gemeinschaftseinrichtungen, wie z.B. Sportinfrastrukturen.

Vorangehende Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Die Konventionen Nr. 4, 5 und 6 betreffen Grundstücke (Ackerland) mit einer Gesamtfläche von 93 Ar im Ort genannt „Grauhans“ in Neudorf. Die Stadt Luxemburg erwirbt diese im Hinblick auf den Bau von touristischen Infrastrukturen und Sportinfrastrukturen. Der im Koalitionsabkommen verankerte Wille des Schöffensrates, die Sportinfrastrukturen in den verschiedenen Stadtteilen zu entwickeln, ist ausdrücklich zu begrüßen, so wie auch die in den vergangenen Jahren unternommenen Anstrengungen, ein großes Areal im Bereich des *Stade Henri Funck* zu erwerben, um den Bedürfnissen des Vereinssports zuzuarbeiten. In der Schöffensratserklärung werden zwei Bereiche genannt: zum einen der Schulsport, zum anderen der Vereinssport. Es gibt nichts Schöneres und Interkultureller als Sport in den Stadtteilen zu erleben, weshalb ich die Bemühungen, nach und nach Grundstücke am genannten Standort zu erwerben, um hier über das nötige Areal zur Schaffung eines Sportzentrums zu verfügen, nur begrüßen kann, dies auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bevölkerungsverdichtung auf Kirchberg. Es ist zu begrüßen, dass der Schöffensrat alle Stadtteile gleich behandeln will und dafür Sorge trägt, in allen Stadtteilen die Sportinfrastrukturen für den Vereinssport zu entwickeln.

Die vorangehenden Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

- 7) Konventionen mit der Vereinigung „Hëllef um Terrain a.s.b.l.“ (HUT)

Nach dem Abschluss von Übergangskonventionen mit der Vereinigung „Hëllef um Terrain a.s.b.l.“ vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 2024 (siehe Gemeinderatssitzung vom 21. Oktober 2024) werden nun die definitiven Konventionen mit dieser Vereinigung abgeschlossen, um die Kontinuität der Hilfsdienste für benachteiligte Personen zu gewährleisten. Die Konventionen betreffen:

- a) das Projekt „Logement encadré pour personnes souffrant de diverses formes de dépendances chroniques“ ;
- b) das Projekt „Halte de nuit“ (15, Dernier Sol) ;
- c) das Projekt „Intervention de rue auprès des sans-abri“ ;
- d) den Betrieb eines sozialen Lebensmittelladens an der Adresse 21, Rue Michel Welter (Öffnungszeiten für die berechtigten Personen: montags und mittwochs 14-18 Uhr; dienstags und donnerstags 10 bis 18 Uhr; freitags 11 bis 13 Uhr sowie 14 bis 18 Uhr);
- e) das Projekt „Para-Chute“ im Bahnhof Luxemburg;
- f) das Projekt „Bistrot social Le Courage“ (13 und 15, Dernier Sol).

Die vorangehenden Konventionen treten am 1. Januar 2025 in Kraft und enden am 31. Dezember 2025. Sie werden von Jahr zu Jahr verlängert, sofern sie nicht von einer der beiden Vertragsparteien aufgekündigt werden.

- g) die tägliche Verwaltung und die soziale Betreuung der Mieter des „Haus 15“: Diese Konvention tritt ebenfalls am 1. Januar 2025 in Kraft. Nach zwölf Monaten wird eine gemeinsame Bewertung durchgeführt, um über die weitere Zusammenarbeit zu entscheiden. Wird die Zusammenarbeit nach Ablauf des ersten Jahres fortgesetzt, verlängert sich die Vereinbarung stillschweigend von Jahr zu Jahr.

Rätin Emilie COSTANTINI (CSV): Die definitiven Konventionen mit HUT übernehmen den Inhalt der Übergangskonventionen,

werden jedoch durch verschiedene Artikel ergänzt. Wichtig ist dabei insbesondere folgende Ergänzung: « *L'association s'engage à n'utiliser les fonds alloués dans la cadre de la présente convention que pour des dépenses liées à l'exécution du projet et en vue de l'accomplissement de la mission décrite dans la convention, à respecter la législation luxembourgeoise relative à la lutte contre le blanchiment et contre le financement du terrorisme, ainsi qu'à remplir ses missions de surveillance et de gouvernance notamment en matière d'engagement de fonds. En cas de non-respect des dispositions ci-avant énoncées, la Ville se réserve le droit de réclamer le remboursement des montants payés à l'association.* »

Die Zusammenarbeit mit der Vereinigung HUT ist in der Übergangszeit gut verlaufen. Dies zeigt sich u.a. daran, dass es keine Änderungen beim Personal gegeben hat. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass die genannten Projekte weiterlaufen können. Alle Mitarbeiter haben ihren Arbeitsplatz behalten und üben ihre Tätigkeit mit Engagement und Professionalismus aus.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Ich nutze die Gelegenheit, um mich zu erkundigen, wie es mit der provisorischen Konvention bezüglich der Struktur „Hotel Graace“ weitergehen soll.

Auch wir begrüßen, dass der von Rätin Costantini zitierte Passus hinzugefügt wurde, um ähnliche Probleme, wie sie bei der Stiftung Caritas aufgetaucht sind, bestmöglich zu verhindern. Mit der Vereinheitlichung der Konventionstexte in Bezug auf die Berichte, Budgets und Kostenabrechnungen können wir uns ebenfalls einverstanden erklären.

Es wurde unterstrichen, dass wir im Vertrauen mit einem neuen Akteur aus dem sozialen Bereich zusammenarbeiten. Dieses Vertrauen wird in unseren Augen allerdings in Frage gestellt, wenn es in Artikel 5 heißt: « *Toute communication à la presse par l'association concernant le présent projet devra être faite en concertation avec la Ville de Luxembourg* ». In der Kommission wurde uns erklärt, dass diese Klausel eingesetzt worden sei, um den Schutz der HUT-Mitarbeiter vor der Presse zu gewährleisten. Schießen wir damit nicht über das Ziel hinaus? In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass eine Journalistin sich im Januar 2024 in ihrer journalistischen Arbeit eingeschränkt sah, weil sie ein Interview mit einem konventionierten Partner der Stadt Luxemburg nur in Präsenz von Schöffin Cahen hätte führen können. Die Journalistin sah die freie Meinungsäußerung dadurch eingeschränkt. In der Antwort auf meine diesbezügliche Frage hatte Schöffin Cahen im Februar 2024 darauf hingewiesen, dass sie keinem Journalisten verweigere, mit den Streetworkern zu reden, und dass sie fortan nur auf Wunsch des jeweiligen Journalisten bei einem Interview anwesend sein wolle. Im Fall dieser Konvention handelt es sich um eine sehr sensible Klausel, da sie nicht nur von den einzelnen Mitarbeitern, sondern auch von den Verantwortlichen der Vereinigung eingehalten werden müsste. Dadurch wird einer Vereinigung fast schon ein Maulkorb angelegt. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass Anliegen und Kritiken im Rahmen anderer Kommunikationsplattformen, wie z.B. die „Assises sociales“, vorgebracht werden können. Solche Plattformen sind wichtig für den Austausch, doch sollte sich eine Vereinigung frei zu ihren Aktivitäten bzw. zu ihrem Kompetenzbereich äußern können. Dabei liegt es in ihrer Verantwortung, deontologische Aspekte zu respektieren, zum Beispiel, verletzte Personen nicht bloßzustellen. Mit ihrer Vorgehensweise versucht die Stadt Luxemburg, sich gegen unkontrollierte Kritiken abzusichern. Andere Konventionen aus dem Kultur- oder edukativem Bereich enthalten diese Beschränkung nicht. Daher fordere ich den Schöffenrat auf, auf diesen Passus zu verzichten. Sollte dies nicht der Fall sein, werden *dei gréng* sich beim Votum enthalten, da wir es für sehr wichtig halten, dass Vereinigungen, auch wenn sie eine Konvention mit der Stadt

Luxemburg abgeschlossen haben, ihre Meinung frei äußern können.

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): Unsere Fraktion wird die vorliegenden Konventionen unterstützen, da es darum geht, die Zielgruppen und die Mitarbeiter der Vereinigung zu schützen und zu gewährleisten, dass die Vereinigung ihrer Arbeit nachgehen kann. Auch wenn die Abwicklung des Caritas-Dossiers noch viele Fragen aufwirft, geht es hier und heute um die Sicherheit der Empfänger der Dienstleistungen und um die Sicherung der Arbeitsplätze der Mitarbeiter.

Sieben Konventionen mit der Vereinigung HUT werden uns heute zur Abstimmung vorgelegt. Ich vermisse die Konvention bezüglich der Notstruktur *Hotel Graace*. Die diesbezügliche Übergangskonvention, die am 21. Oktober 2024 gutgeheißen wurde, endet am 31. Dezember 2024. Warum liegt heute keine definitive Konvention vor? Die ukrainischen Flüchtlinge, die in der Struktur untergebracht sind, werden sich doch hoffentlich am 31. Dezember nicht auf der Straße wiederfinden?

Der neue Passus in den Konventionen, den bereits Rätin Brömmel zitiert hat, hat auch mich interpelliert. Warum wurde dieser in die Konventionen eingeschrieben? Will der Schöffenrat diesen restriktiven Passus künftig in jede Konvention einschreiben, die er mit vor Ort arbeitenden Akteuren abschließt? Es ist zu hoffen, dass es nicht die Absicht des Schöffenrates war, die in der Verfassung verankerte Meinungsfreiheit in Frage zu stellen. Oder hat es mit dem « *Avant-projet de loi sur les rassemblements en plein air dans les lieux accessibles au public* » zu tun?

Rat David WAGNER (déi Lénk): Die De-facto-Auflösung der Stiftung Caritas und die Schaffung einer neuen Vereinigung, die die Dienstleistungen übernimmt, stellt uns vor die Situation, dass wir diese Konventionen mittragen, damit die genannten Projekte weitergeführt werden können.

Die Fraktion *dei Lénk* hat jedoch ebenfalls ihre Probleme mit dem von Rätin Brömmel und Rätin Muller erwähnten Passus. Sicherlich geht es darum, die Mitarbeiter zu schützen, doch stellt sich die Frage, ob dies nicht auch intern, sprich innerhalb der Vereinigung geregelt werden kann. Die Tatsache, dass es viele Presseanfragen gibt, hat auch ihre Gründe, denn die Abwicklung ist auf dubiose Art und Weise erfolgt und es wurde nicht ohne Grund eine parlamentarische Spezialkommission eingesetzt. Nachdem ursprünglich verneint wurde, dass es sich um eine Unternehmensübertragung handle, soll es sich nun doch um eine solche handeln. Es ist derzeit schwierig herauszufinden, unter welchen Bedingungen die Mitarbeiter arbeiten müssen, weshalb es auch verständlich ist, dass die Presse wissen will, wie es weitergeht. Ich möchte auch den Druck erwähnen, der anfangs auf die Mitarbeiter von Caritas ausgeübt wurde, um die Arbeitsverträge zu unterschreiben. *dei Lénk* sind daher der Ansicht, dass der genannte Passus aus den Konventionen gestrichen werden muss, weil er eine Beschränkung der Pressefreiheit bedeutet. Dem Bericht zufolge gab es eine solche Beschränkung inoffiziell bereits früher. Dies verschärft die Situation weiter, weil somit während Jahren das Arbeitsrecht nicht respektiert wurde. Sollte der genannte Passus nicht gestrichen werden, werden wir uns beim Votum enthalten.

Schöffin Corinne CAHEN: Uns ist es wichtig, dass mit dem Abschluss der vorliegenden Konventionen die Kontinuität der Hilfsdienste für benachteiligte Personen gewährleistet ist und die Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz nicht verlieren. Auf die nationalpolitischen Aspekte werde ich nicht eingehen.

Alle, die mich kennen, wissen, dass ich zu 100 Prozent für die Pressefreiheit eintrete und auch dafür kämpfe, denn wie Rat Wagner war auch ich Journalistin und bin es mit Leib und Seele noch immer, auch wenn ich nicht mehr als solche

arbeite. Es schmerzt mich demnach, wenn mir vorgeworfen wird, dass ich jemandem den Mund verbieten wolle. Dem war noch nie so, ganz im Gegenteil: Ich bin der Ansicht, dass konstruktive Kritik die Politik grundsätzlich besser macht. Ich war nicht während des ganzen Interviews anwesend, und die Journalistin hat länger in meiner Abwesenheit mit den Streetworkern gesprochen als in meiner Anwesenheit. Ich werde die von der Opposition geäußerten Bemerkungen dennoch als konstruktive Kritik mitnehmen und gebe Ihnen zum Teil Recht, dass wir dies entweder anders oder gar nicht in eine Konvention einschreiben sollen. Jeder darf mit jedem reden, auch die Journalisten. Wenn die Presseabteilung der Stadt Luxemburg sich bei mir erkundigt hat, ob ein Beamter oder ein Streetworker ein Interview geben darf, habe ich nie nein gesagt, vorausgesetzt, die Person war damit einverstanden, ein Interview zu geben. Ich werde dies auch in Zukunft so handhaben. Die Konventionen mit dem genannten Partner sind auch für uns Neuland. Und es geht zunächst darum, eine Funktionsweise zu finden.

Eine definitive Konvention bezüglich des *Hotel Graace* konnte noch nicht abgeschlossen werden. Wir führen derzeit Gespräche mit dem Besitzer des *Hotel Graace*, um zu sehen, wie es weitergeht. Dabei ist uns natürlich wichtig, dass die betroffenen Personen weiterhin ein Dach über dem Kopf haben.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Gehe ich Recht in der Annahme, dass der genannte Passus zur Kommunikation in den vorliegenden Konventionen nicht gestrichen wird? Die Situation betr. das Interview im Januar 2024 ist für mich geklärt. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass ein solcher Passus in die vorliegenden Konventionen eingeschrieben wurde. Ich würde es begrüßen, wenn wir den Passus noch streichen könnten.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Schöffin Cahen hat die nötigen Erklärungen gegeben. Ich stelle die Konventionen zur Abstimmung.

Die Konventionen werden bei Enthaltung der Vertreter von déi gréng, LSAP, déi Lénk und ADR gutgeheißen.

- 8) Forschungsabkommen zwischen der Universität Luxemburg (*Faculté des sciences humaines, des sciences de l'éducation et des sciences sociales*) und der Stadt Luxemburg über die Durchführung eines dreijährigen Forschungsprojekts anlässlich des 200-jährigen Bestehens des Musikunterrichts in Luxemburg mit dem Titel „Klangbilder der Stadt Luxemburg – Images sonores de la Ville de Luxembourg“. Das Thema betrifft einen wichtigen Teil der Stadtgeschichte. Ein Schwerpunkt wird auf die Rolle der Frauen gelegt. Es wird eine Dokumentation für die breite Öffentlichkeit erstellt. Eine Reihe von kulturellen Veranstaltungen ist auf dem Stadtgebiet geplant.

Im Dezember 2023 wurde ein Pilotprojekt „Männer- a Fraerollen an der Operette“ von der Stadt unterstützt. Dessen Thema war der Vergleich zwischen weiblichen und männlichen Rollen in den Operetten von Dicks und Lou Koster. Das Format basierte auf der Operette „Mumm Séiss“ und einer halbszenischen Podiumsdiskussion im Kapuzinertheater, das Ganze am Rande der Uraufführung von „De Geesch oder d'Mumm Séiss“ als Hommage an Dicks. Diese Aufführung wurde aufzeichnet und auf der Website *mugi.lu* präsentiert. Letztere wird auch für die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse genutzt. Das Gesamtbudget beträgt 209.911 €.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Diese Konvention wird abgeschlossen im Rahmen von zwei Zweihundertjahrfeiern: einmal als Hommage an Edmond de la Fontaine, genannt Dicks, und einmal als Beitrag zum 200-jährigen Bestehen des Musikunterrichts in der Stadt Luxemburg. Das Konservatorium

ist einer der größten Träger des Kultursektors in der Stadt Luxemburg. Diesem Projekt gingen bereits andere Initiativen der Universität voraus, darunter das Luxemburger Musikerlexikon und LuxAtlas (in Zusammenarbeit mit der Stadt Luxemburg). Bei dieser sehr wichtigen Initiative, die sich von Dezember 2024 bis März 2027 erstreckt, handelt es sich um ein wissenschaftliches Projekt, das sich mit der Entwicklung der Männer- und der Frauenrollen in der Operette in den vergangenen 200 Jahren sowie mit deren weiteren Entwicklung in der Gesellschaft beschäftigt. Es wurde ein Veranstaltungsprogramm auf die Beine gestellt und es sind auch Veröffentlichungen vorgesehen. Demnach eine interessante und wertvolle Initiative, für die ich die Stadt Luxemburg nur beglückwünschen kann!

Rätin Claudie REYLAND (déi gréng): Es handelt sich in der Tat um eine sehr interessante Initiative. Das wissenschaftliche Projekt, das zusammen mit der Universität Luxemburg durchgeführt wird, ist auch im Rahmen des Projektes *mugi* (Musik und Gender im Internet) zu sehen, das sich als eine Studie der Musikgeschichte in Luxemburg und in Europa aus einer Genderperspektive versteht. Eine genderbasierte Herangehensweise an die Musikgeschichte und die Kunst ist ein weites, in meinen Augen noch nicht genügend erforschtes Feld. Wir können daher nur begrüßen, dass die Stadt Luxemburg dieses interessante Projekt unterstützt.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Vielen Dank für die Unterstützung!

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

X. ANPASSUNGEN DES TAXENREGLEMENTS

1) Aufnahme eines neuen Kapitels E-3 „Essen auf Rädern“

Es wird vorgeschlagen, ein neues Kapitel E-3 „Essen auf Räder“ ins Taxenreglement aufzunehmen, wobei der Preis pro Mahlzeit bei 15 € liegt.

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): Wir begrüßen, dass die Stadt Luxemburg ihren Bürgern die Dienstleistung „Essen auf Rädern“ anbietet. Dieses Angebot bietet den Kunden mehr Autonomie. Wer kann diese Dienstleistung in Anspruch nehmen? Wie viele Personen nehmen sie in Anspruch? Ist ein verbilligter Tarif für Personen vorgesehen, die die 15 € pro Mahlzeit nicht aufbringen können? Sollte dem so sein, werden die Anträge auf einen verbilligten Tarif vom Sozialamt bearbeitet?

Schöffin Corinne CAHEN: Gerne liefere ich Ihnen die gewünschten Zahlen nach. Die Stadt Luxemburg wird die Dienstleistung, die bislang vom Sozialamt verwaltet wurde, ab dem 1. Januar 2025 übernehmen. Bürger ab 65 Jahren können sich Mahlzeiten nach Hause liefern lassen.

Rätin Colette MART: 168 Personen nehmen das Angebot in Anspruch. Bislang mussten die älteren Menschen das Essen auf Rädern beim Sozialamt anfragen, was bei manchen zu Unbehagen führte. Das Sozialamt übernimmt die Kosten für diejenigen Kunden, die sich das Essen auf Rädern nicht leisten können.

Die Aufnahme des neuen Kapitels E-3 „Essen auf Rädern“ (mit einem Preis von 15 € pro gelieferte Mahlzeit) ins Taxenreglement wird einstimmig gutgeheißen.

2) Anpassung von Artikel 4 „Théâtres de la Ville“ des Kapitels B-1 „kulturelle Einrichtungen“

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Hier wird schriftlich festgehalten, was in der Praxis bereits so gehandhabt wurde.

Rätin Claudie REYLAND (déi gréng): Ich nutze die Gelegenheit, um kurz erneut auf den Kulturpass einzugehen. Inhaber des Kulturpasses können Vorstellungen und Workshops von kulturellen Partnerinstitutionen zum Preis von je 1,50 € besuchen. Der Kulturpass, der seit 15 Jahren besteht, ist das Ergebnis einer guten Partnerschaft zwischen der Vereinigung „Cultur'All“ und der Stadt Luxemburg. Der kostenlose Kulturpass ermöglicht es Personen bzw. Familien, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden, am Kulturleben teilzunehmen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich danke Rätin Reyland für die guten Erklärungen. Die Initiative „Kulturpass“ wird seit langen Jahren von der Stadt Luxemburg unterstützt.

Die vorgeschlagene Anpassung wird einstimmig gutgeheißen.

3) Anpassung von Kapitel G-2: Sports pour tous

Verschiedene Anpassungen werden ab der Saison 2025/2026 in Kraft treten.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Ich wollte lediglich darauf hinweisen, dass einige Beanstandungen in Bezug auf die Ergonomie der Plattform an uns herangetragen wurden. Die Nutzung der Plattform scheint nicht unbedingt an den Bedarf von älteren Personen angepasst zu sein.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir werden dies prüfen und werden versuchen, es besser zu machen.

Die Anpassungen werden einstimmig gutgeheißen.

XI. VERLÄNGERUNG UND ERHÖHUNG DER ENERGIEPRÄMIE FÜR DAS JAHR 2025 – EINFÜHRUNG EINER REDUZierten ENERGIEPRÄMIE FÜR DAS JAHR 2025

Es wird vorgeschlagen, die Energieprämie zu verlängern und zu erhöhen. Für eine Person beträgt die Prämie fortan 440 Euro (reduzierte Prämie: 220 Euro), für einen Haushalt mit zwei Personen 550 Euro (reduziert: 275 Euro), für drei Personen 660 Euro (reduziert: 330 Euro), für 4 Personen 770 Euro (reduziert: 385 Euro) und für Haushalte mit 5 oder mehr Personen 880 Euro (reduziert: 440 Euro).

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Wir werden die vorgeschlagene Verlängerung und Erhöhung der Energieprämie selbstverständlich unterstützen. Es ist zu begrüßen, dass die Stadt Luxemburg die Menschen unterstützt, die finanziell nur schwer über die Runden kommen. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass rund 4.200 Haushalte (ungefähr 8.500 Personen) in den Genuss dieser Prämie kommen. Anspruch auf die Energieprämie hat jede Person, die in der Hauptstadt wohnt und den Nachweis erbringt, dass sie die staatliche Energieprämie erhalten hat. Wie läuft die Beantragung der kommunalen Energieprämie in der Praxis ab? Wir hoffen, dass

die 1,5 Millionen Euro, die im Budget eingeschrieben sind, auch aufgebraucht werden.

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): Einerseits ist von einer Erhöhung der Energieprämie für 2025 die Rede, andererseits wird eine jeweils zur Hälfte reduzierte Prämie eingeführt. Wäre es möglich, hierzu nähere Erklärungen zu erhalten? Ist eine Digitalisierung des Beantragungsvorgangs vorgesehen?

Schöffe Laurent MOSAR: Anspruch auf eine Energieprämie haben die Einwohner der Stadt Luxemburg, die auch eine Solidaritätszulage erhalten. Neuerdings werden die potentiellen Empfänger von der Stadt Luxemburg kontaktiert, da viele Personen nicht wissen, dass es eine solche Prämie gibt. Der Antrag kann auch elektronisch eingereicht werden. Die Stadt Luxemburg ist die einzige Gemeinde, die eine Energieprämie eingeführt hat. Wir unterstützen dadurch Menschen mit geringem Einkommen, die durch die steigenden Energiekosten besonders stark belastet werden. Im Gegensatz zur Solidaritätszulage handelt es bei der Energieprämie um eine vorübergehende Maßnahme. Der Schöffenrat hat sich dafür ausgesprochen, die Energieprämie für das Jahr 2025 zu verlängern und diese im Vergleich zu 2024 um 100 % zu erhöhen. Die Regierung hat beschlossen, dass für Haushalte mit leicht höheren Einkommen eine um die Hälfte reduzierte Prämie ausbezahlt wird. Da sich die Stadt Luxemburg zu 100 Prozent an die Vorgaben der Regierung anlehnt, haben auch wir eine reduzierte Energieprämie geschaffen.

Die Verlängerung und Erhöhung der Energieprämie für das Jahr 2025 und die Einführung einer reduzierten Energieprämie für das Jahr 2025 werden einstimmig gutgeheißen.

XII. ANPASSUNG DES ABGEÄNDERTEN KOMMUNALEN REGLEMENTS VOM 10. FEBRUAR 2012 ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINER SOLIDARITÄTSZULAGE

Dem Gemeinderat wird vorgeschlagen, der Anpassung der Artikel 3 und 4 der Verordnung zuzustimmen, um den Betrag der Solidaritätszulage um 15 % zu erhöhen und den Verwaltungsaufwand für die Stadt bei der Bearbeitung der Anträge zu begrenzen. Damit trägt die Stadt dem Umstand Rechnung, dass der Staat die Bedingungen für die Gewährung der Teuerungszulage geändert hat, indem er insbesondere den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert und die Einreichung eines zweiten Antrags im Laufe des Jahres ermöglicht. Derzeit gibt es etwa 4.000 Empfänger der Solidaritätszulage. Die in Artikel 3 vorgesehenen Zulagen steigen für eine Person von 480 auf 550 Euro, für zwei Personen von 610 auf 700 Euro, für drei Personen von 740 auf 850 Euro, für 4 Personen von 870 auf 1000 Euro, und für 5 oder mehr Personen von 1000 auf 1150 Euro. Artikel 4 wird ergänzt durch den Satz: « *L'allocation de solidarité ne peut être demandée qu'une seule fois par année et par communauté domestique.* » Die genannten Änderungen gelten für Zulagen, die sich auf die Jahre 2024 und folgende beziehen.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Ich begrüße die Erhöhung der Solidaritätszulage um 15 Prozent. Sinnvoll wäre die Durchführung einer Analyse, um zu sehen, ob die Zulage den Menschen tatsächlich dabei hilft, aus ihrer schwierigen Situation rauszufinden.

XIII. ZUSÄTZLICHE KAPITALZUFÜHRUNG NACH KOSTENÜBERSCHREITUNGEN BEIM AUSBAU DES KREMATORIUMS

Im Jahr 2022 hat das Syndikat SICEC den Mitgliedsgemeinden mitgeteilt, dass es einen Ausbau des Krematoriums Luxemburg plane (mit zusätzlichem Zeremoniensaal, einem neuen Warteraum für trauernde Familien sowie zusätzlichen Büroräumen). Die Investition wurde im September 2022 auf 10 Millionen Euro geschätzt. Es wurde eine finanzielle Beteiligung in Höhe von 7.550.000 € bei den Mitgliedsgemeinden beantragt, während die restlichen 2.450.000 € aus den Rücklagen des SICEC finanziert wurden. Der initiale Antrag in Höhe von 1.690.345,24 € für den von der Stadt Luxemburg zu tragenden Anteil wurde vom Gemeinderat am 13. November 2023 genehmigt. Nach der Vergabe der öffentlichen Aufträge wurden jedoch erhebliche Kostenüberschreitungen festgestellt. Die Gesamtinvestition wurde auf 13.455.000 € neu bewertet. Somit wurde eine zusätzliche Kapitalzuführung von 3.500.000 € erforderlich, die unter den Mitgliedsgemeinden aufgeteilt werden soll. Der von der Stadt Luxemburg zu tragende Anteil beläuft sich auf 781.305,81 €.

Die zusätzliche Kapitalzuführung in Höhe von 781.305,81 € wird einstimmig gebilligt.

XIV. RATIFIZIERUNG DER NEUN ZUSATZARTIKEL DER EUROPÄISCHEN CHARTA FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN AUF LOKALER EBENE

Dem Gemeinderat wird vorgeschlagen, die neun Zusatzartikel der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene formell zu ratifizieren, nämlich:

« Article 31 – Développement durable pour un avenir durable. Il est essentiel d'intégrer les piliers du développement durable qui se renforcent mutuellement : l'équité sociale, la croissance économique et la protection de l'environnement.

Article 32 – Cyber violence. Bien qu'il offre de nouvelles possibilités d'apprentissage, de création de liens et de participation à des activités, le monde d'Internet présente des difficultés particulières pour les filles et les femmes, notamment en matière de harcèlement et de cyberviolence.

Article 33 – Violence à l'encontre des femmes élues et du personnel. Porter sur des femmes élues, personnalités publiques, ou membre du personnel des actes de violence ou de maltraitance constitue une grave menace pour la gouvernance des démocraties.

Article 34 – Intersectionnalité et diversité. L'intersectionnalité est un concept et une approche que les collectivités locales et régionales peuvent utiliser pour faire progresser leur inclusivité.

Article 35 – Flexibilité du lieu de travail. Les technologies numériques modernes ont permis à de nombreux groupes professionnels de bénéficier d'une vie professionnelle plus flexible, ce qui présente à la fois des opportunités et des risques pour l'égalité des sexes.

Article 36 – Numérisation et inclusion numérique. L'inclusion numérique de toutes les filles et de toutes les femmes est essentielle pour le développement d'une société qui vise à

assurer un meilleur avenir pour toutes et tous. Il est crucial de développer et d'utiliser de nouveaux outils et processus qui renforcent et non compromettent l'égalité entre les femmes et les hommes.

Article 37 – Droits en matière de santé sexuelle et reproductive. Les filles et les femmes ne peuvent vivre, diriger et s'épanouir librement et équitablement que si leurs droits en matière de santé sexuelle et génésique sont respectés.

Article 38 – Changement climatique et droit à un environnement sain. Le changement climatique est un multiplicateur de menaces qui aggrave les tensions sociales, politiques et économiques et a des conséquences disproportionnées sur les filles et les femmes.

Article 39 – Gestion des crises et préparation civile. L'égalité des sexes et la participation active des filles et des femmes ne peuvent être mises de côté dans les moments de crise, mais doivent être considérées comme une composante efficace de la préparation civile et de la réponse aux situations d'urgence. »

Rätin Claudie REYLAND (déi gréng): Die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene ist vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas ins Leben gerufen worden. Die Stadt Luxemburg, die die Charta im Jahr 2009 unterzeichnet hat, zeigt großes Engagement, um eine noch bessere Gleichstellung von Frauen und Männern, von allen Gemeinschaften, einschließlich LGBTIQ+-Personen, zu fördern. Es ist wichtig, jenen die Stirn zu bieten, die sich im Gemeinderat und in der beratenden Kommission immer häufiger gegen Chancengleichheit und gegen die LGBTIQ+-Gemeinschaft erheben. Es freut mich festzustellen, dass andere meine Sichtweise teilen.

Die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene wird um neun Artikel ergänzt. Ich werde nicht alle aufzählen, möchte jedoch kurz auf Artikel 37 eingehen: « Droits en matière de santé sexuelle et reproductive. Les filles et les femmes ne peuvent vivre, diriger et s'épanouir librement et équitablement que si leurs droits en matière de santé sexuelle et génésique sont respectés. » Es sei daran erinnert, dass der freiwillige Schwangerschaftsabbruch in Luxemburg gesetzlich reglementiert ist. In der Chancengleichheitskommission ist erneut eine dieser erwähnten Stimmen laut geworden und hat die neuen Artikel auch nicht mitgetragen.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Unsere Fraktion wird die neuen Artikel nicht mittragen, aus dem einfachen Grund, weil eine Diskriminierung stattfindet und eine Gleichstellung von Männern und Frauen nicht gewährleistet ist. Artikel 32 über Cybergewalt hält fest: « Bien qu'il offre de nouvelles disponibilités d'apprentissage, de création de liens et de participation à des activités, le monde d'Internet présente des difficultés particulières pour les filles et les femmes, notamment en matière de harcèlement et de cyberviolence ». Dies mag richtig sein, doch lassen sich auch „besondere Schwierigkeiten“ („des difficultés particulières“) für Männer und Jungen nennen. Cyberbullying betrifft häufig auch Männer und Jungen, doch sie werden im Text nicht berücksichtigt.

Artikel 33 betrifft Gewalt gegen Frauen, die ein öffentliches Amt bekleiden, sowie gegen das Personal. Was ist mit den männlichen Politikern? Sollen nicht auch sie gegen Gewalt geschützt werden? Fakt ist, dass im Ausland männliche Politiker umgebracht wurden. Ich persönlich musste mich an die Polizei wenden, weil ich bedroht wurde. Auch Männer aus der Partei von Herrn Mosar mussten sich bereits wegen Gewalt gegen ihre Person an die Polizei wenden. Wenn die Stadt Luxemburg es mit ihrer Aussage ernst meint, sich weiterhin für eine bessere Gleichstellung von Frauen und Männern und damit für eine gerechtere und lebenswertere Gesellschaft

einsetzen zu wollen, sollte es heißen „violence à l'encontre des femmes et des hommes élus et du personnel“.

Artikel 37 befasst sich mit dem « Droit en matière de santé sexuelle et reproductive ». Wir streiten nicht ab, dass es in diesem Bereich spezifische Bedürfnisse für Frauen und Mädchen gibt und diese Bedürfnisse größer sind, doch gibt es diese Bedürfnisse auch für Männer und Jungen. Demnach ist auch hier erneut keine Gleichheit zwischen Männern und Frauen gewährleistet. Die unterzeichnenden EU-Staaten senden damit das Signal, dass Männer und Jungen nicht wichtig seien, wenn es um Cyber-Gewalt, um Gewalt gegen männliche Politiker sowie um das Recht zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit geht. Aus unserer Sicht ist diese Charta sexistisch, weshalb wir gegen die neuen Artikel stimmen werden.

Rat David WAGNER (déi Lénk): Die Aussage von Rat Weidig erstaunt nicht, haben wir die gleichen Argumente doch schon in der Kommission gehört. Vor etwa 20 Jahren bin ich mit meiner damaligen Freundin durch die Stadt spaziert. Als wir an einem Café vorbeigingen, erklärte sie mir, dass dies ein Café sei, wo sie nachmittags manchmal alleine hingehet, weil es eines der wenigen Cafés sei, in dem sie als Frau in Ruhe gelassen und nicht von Männern angemacht werde. Als Zwanzigjähriger habe ich diese Aussage damals nicht nachvollziehen können, da ich nie in einem Café angemacht wurde. Später haben mir viele Frauen das Gleiche gesagt und leider hört es nicht bei einer Anmache auf. Die Situation in Bezug auf verbale oder psychische Gewalt ist für Frauen eine ganz andere als für Männer. Sicherlich gibt es auch Männer, die von Frauen geschlagen werden. Der Beratungsdienst *InfoMann* begleitet Männer, die Opfer häuslicher Gewalt werden.

Ich verstehe nicht, wieso die ADR Frauen vorschreiben will, wie sie zu leben haben. Wenn ein Paar in Luxemburg ganz traditionell zusammenleben und in beiderseitigem Einverständnis zwölf Kinder haben will, ist es frei, dies zu tun. Wenn Frauen, und vor allem junge Frauen, sich jedoch in einer Situation wiederfinden, in der sie aus den verschiedensten Ursachen das Kind, das sie erwarten, nicht haben wollen und können, muss der Schwangerschaftsabbruch unter den medizinisch und hygienisch besten Bedingungen stattfinden können. Daher mein Appell an die ADR: Lasst die Menschen ihr Leben leben und hört auf, vor allem den Frauen vorzuschreiben, wie sie leben sollen!

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Wir setzen uns für alle Menschen ein, die Hilfe brauchen und insbesondere für jene Menschen, die unsere Hilfe am meisten brauchen, für verletzte Menschen. Man braucht sich nur die Statistiken anzusehen, um zu sehen, wie Frauen leiden, welchen Gefahren Frauen im Vergleich zu Männern ausgesetzt sind. Mit den vorliegenden Texten wird niemand ausgegrenzt. Wir passen ganz besonders auf jene Menschen auf, die Hilfe brauchen, unabhängig davon, wer diese Menschen sind.

Schöffe Maurice BAUER: Die vorliegenden Texte sind ein wichtiger Schritt in der Gleichstellungspolitik und tragen dazu bei, verletzlichere Menschen besser schützen zu können. Daher mein Appell an den Gemeinderat, dem Aufruf des Innenministeriums, des Gleichstellungsministeriums und des Syvicol zur Ratifizierung der neun zusätzlichen Artikel Folge zu leisten.

Mit der Gegenstimme von Rat Weidig (ADR) ratifiziert der Gemeinderat die neun zusätzlichen Artikel zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene.

XV. GERICHTSANGELEGENHEITEN

Der Gemeinderat ermächtigt den Schöffenrat, in verschiedenen Angelegenheiten vor Gericht aufzutreten.

XVI. SCHAFFUNG / STREICHUNG VON POSTEN

A) Schaffung von Posten

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Schaffung von Posten in folgenden Dienststellen zuzustimmen: Service Bâtiments (1 Posten), Wasserwerk (3 Posten), Hygienedienst (36 Posten), Service Parcs (1 Posten), Fotothek (2 Posten), Service TIC (2 Posten), Service Véhicules et Maintenance (1 Posten).

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): Die Stadt Luxemburg hat stets ein offenes Ohr für Personen mit spezifischen Bedürfnissen. Die Rolle, die sie in diesem Bereich spielt, ist vorbildlich. Können Personen mit dem Statut eines behinderten Arbeitnehmers – vorausgesetzt, sie haben die erforderliche Ausbildung – sich auf einen der angeführten Posten bewerben?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Personen mit dem Statut eines behinderten Arbeitnehmers können, wenn sie die erforderliche Ausbildung nachweisen können, und ihr Handicap die Ausübung der Aufgaben, die sie auf einem Posten zu erfüllen haben, zulässt, sich selbstverständlich für einen vakanten Posten bewerben.

Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung.

B) Streichung von Posten

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Streichung von Posten in folgenden Dienststellen zuzustimmen:

Service Bâtiments (1 Posten), Service Crèches (3 Posten), Hygienedienst (17 Posten), Fotothek (2 Posten), Service Véhicules et maintenance (1 Posten).

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Beim Service Crèches werden im Rahmen der Reorganisation der Essenszubereitung Posten gestrichen. Werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Posten gestrichen wurden, von einer anderen Dienststelle übernommen, oder wurden sie von der Firma übernommen, die nun für die Essenszubereitung zuständig ist?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Niemand wurde entlassen. Die von der Streichung dieser Posten betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen Posten in einer anderen Dienststelle erhalten.

Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung.